675

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in Kiosken entsprechend

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: bis zweimal gespaltene Nonpareillezeile 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (etwa 46 mm breit) 1,50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Ges. f. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güntzelstraße 3, Tel. 27 243, Postscheck Dresden 2511. Rabatte nach Tarif. Zahlung oder Sicherstellung bei Konkurs oder Zwangsvollstreckung hebt jeden Rabatt auf. Erfüllungsort und Gerichtsstand Dresden. Bezugspreise: Durch Träger oder Expedition: Dresden-A., Güntzelstraße 3, Tel. 17 200 frei Haus monatlich 2,30 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2,— M. vierteljährlich. Postbezugspreis: Die Arbeiterstimme erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Eichel, Dresden; Umbruch: Willi Bendrich, Berlin; Bürger Teil: Erich Geldmann, Dresden; Feuilleton: Fritz Rücker, Dresden; Druck u. Verlag: Druckerei Genossenschaft, Dresden, Güntzelstraße 3, Tel. 17200, Postscheck Dresden 1066

8. Jahrgang | Dresden, Montag den 21. November 1932 | Nummer 265

Antifaschist vom Tode bedroht!
Massenprotest! Auf die Posten für unsere 5000 proletarischen politischen Gefangenen!
Rettet den Arbeiter Barth!

Vereint euch gegen drohende Nazi-Koalition

Die Nazi führer verbünden sich mit den „feinen Herren". Das Programm der „nationalen Konzentration": „Vernichtung des Bolschewismus". Pariert die teuflischen Schläge der Reaktion durch die Einheitsfront der Tat!

Das werktätige deutsche Volk befindet sich in drohender Nähe einer Nazikoalition mit den „feinen Leuten" Hugenbergs, mit den schwerindustriellen Lohnräubern vom Herrenklub, mit den Zentrumspfaffen und Reichswehrgeneralen.

Nachdem Hitler schon am Sonnabend von Hindenburg, dem von den Sozialdemokraten gewählten Präsidenten empfangen wurde, folgt heute bereits ein neuer Empfang. Das deutet darauf hin, daß bereits eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen Hitler und Hindenburg, zwischen allen faschistischen Kräften erzielt wurde.

Den SPD-Arbeitern wird jetzt veranschaulicht:

Wie jener Hindenburg, den sie von der SPD zum Reichspräsidenten zu wählen aufgefordert wurden, um, wie die SPD-Presse immer schrieb, Hitler zu „schlagen", in Hitlers Hand einschlägt und die Nazis in die „nationale Konzentration" einbezieht.

Den Nazi-Proleten muß jetzt gesagt werden:

Derselbe Hitler, der sie noch vor zwei Wochen aufrief zum „Kampf gegen die Hugenberg-Papensche Reaktion bis zu ihrer Niederringung" verhandelt jetzt mit den Parteien des Herrenklubs, mit den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum über die weitere verschärfte Fortführung des Papenprogrammes.

Hitlers Regierungsprogramm ...

Von Hitler bis Wels wurdet ihr verraten und der faschistischen Reaktion ausgeliefert. Diese holt zu neuen teuflischen Schlägen aus. Pariert alle diese Schläge! Formiert die Einheitsfront der Tat!

Hitlers Bündnis mit „feinen Herren"

Zur selben Stunde, zu der Hitler heute von Hindenburg empfangen wird, finden in der Wohnung des Nationalsozialisten Göring Koalitionsbesprechungen zwischen Nazis, Zentrum und den Vertretern Hugenbergs statt. Eine bürgerliche Montagszeitung meldet ferner, daß in Berlin der Vertreter der französischen Schwerindustrie, Graf d'Ormesso, eingetroffen sei, der sich im Zusammenhang mit der Neubildung der Regierung um eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland auf der Grundlage des Kampfes gegen den Bolschewismus bemüht.

Das ist ja schließlich auch der entscheidende Punkt des von Hitler und der Nazipresse schon angekündigten „Regierungsprogramms":

Der Papenkurs wird fortgeführt

Hitler hat bei den Verhandlungen mit Hindenburg nicht die Forderung gestellt, sofort die Lohnabbaunotverordnung zurückzunehmen und eine entschiedene Lohnerhöhung zu veranlassen. Er hat bei Hindenburg nicht gefordert, die Subventionen an die Kapitalisten einzustellen und dafür eine generelle Erhöhung der Unterstützung an alle 7 Millionen Erwerbslosen vorzunehmen. Er ist einverstanden mit dem ganzen Papenprogramm, mit dem Lohn- und Unterstützungsabbau, und die Deutsche Allgemeine Zeitung bestätigt das ausdrücklich, indem sie schreibt, „daß der Kurs der bisherigen Regierungspolitik weitgehend fortgesetzt werden kann".

Hitler stellt schließlich nur eine „Bedingung":

„Die unbedingte Vernichtung des Kommunismus",

der im hartnäckigen Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau steht. Die Unterdrückung des Kommunismus — das ist die Mixtur, die der Nazi-Hitler in die Ehe mit den „feinen Leuten", mit den Herrenklublern bringt, in jene Ehe, die da jetzt in Geheimverhandlungen hinter siebenmal verriegelten Türen und bei Schweigeverpflichtung aller Teilnehmer vorbereitet wird.

Hitler und die mit ihm im Bunde stehende faschistische Reaktion kann noch so blutigen Terror bringen, aber keinen Ausweg aus der Krise!

Je größer die Gewalt, je schärfer der Terror, je blutiger die Unterdrückung,

desto mächtiger wird der Widerstand der Arbeiterklasse werden, die allein imstande ist, die Krise der Gegenwart zu meistern und eine neue Zukunft zu formen.

„Vereinigt euch zum Kampf gegen faschistische Diktatur"

So rief das Zentralkomitee der KPD in seinem Einheitsfrontappell. Und so muß es durch alle Betriebe und Stempelstellen klingen.

Hitler in Berlin! Diese Stunde muß uns alle bereit finden, kommunistische und sozialdemokratische Werktätige! Es geht um die Einheitsfront der Tat. Es geht darum, daß die Aufklärung über den hundsfottischen Betrug der Hitler und Goebbels an ihren Anhängern alle werktätigen Nazimähler erreicht. Es geht darum, daß Deutschlands arbeitende Volksmassen ihre Kräfte entfalten und den faschistischen Herren Schach bieten!

Die erste Meldung

von der roten Pressewerbung

Aus Kirschau in der Oberlausitz wird uns von den dortigen Genossen gemeldet, daß sie

schon am ersten Tage des roten Pressefeldzuges acht neue Abonnenten gewonnen

haben. Dort sind die Genossen gleich am ersten Tage an die Werbung herangegangen. Das von ihnen an einem Tage erzielte Resultat ist um so bemerkenswerter, als sie damit zum Beispiel bereits 2 Prozent der kommunistischen Wähler zu den bisher schon vorhandenen Abonnenten hinzugewonnen haben, 2 Prozent der kommunistischen Wähler,

das bedeutet, daß Dresden bereits 1200 neue Abonnenten gewonnen haben müßte

und daß auf den ersten Schlag in unserem ganzen sächsischen Bezirk 12 000 neue Abonnenten geworben sein müßten. Unter diesem Gesichtspunkt wird das Werberesultat von Kirschau als

ein glänzender Auftakt

für die rote Pressewerbung erkennbar. Alle Genossen, alle Ortsgruppen, alle Zellen müssen durch dieses Resultat angespornt werden, jeden Tag und jede Stunde auf dem Posten zu sein bei der

Massenwerbung für die rote Presse!

Rettung vor Hunger und Frost!

Die Erwerbslosen fordern die Oeffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlenhalden! Brot, Kartoffeln und Kohlen für alle Unterstützungsempfänger!

Die am Sonntag, dem 20. November, in Berlin stattgefundene gemeinsame Tagung des Reichserwerbslosenausschusses mit dem Reichseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion beschloß auf Vorschlag der Vertreter der KPD den folgenden Aufruf an die Erwerbslosen und alle Werktätigen in Stadt und Land:

Ein Winter der tiefsten Not für die Millionenmassen der Erwerbslosen, der Kriegsopfer und aller Unterstützungsempfänger, wie der werktätigen Massen überhaupt, hat begonnen. Hunger und Frost bedrohen das arbeitende Volk!

Die Massen verelenden, während riesige Lebensmittelvorräte in den Speichern Deutschlands verkommen!

Die Massen frieren, während auf den Kohlenhalden sich ungeheure Berge von Kohlen auftürmen!

Der Wahnwitz der kapitalistischen Anarchie feiert Triumphe auf Kosten der Lebenshaltung, der Gesundheit, ja der nackten Existenz von Millionen in Stadt und Land.

Der bitteren Not der Erwerbslosen steht der aufreizende Ueberfluß dessen gegenüber, was die hungernden Massen am dringendsten brauchen: Brot, Kartoffeln und Kohlen!

8 Millionen Tonnen Roggen sind geerntet
5 Millionen Tonnen Roggen werden verzehrt
3 Millionen Tonnen Roggen sind Ueberschuß

Sie sollen ins Ausland verschleudert werden, in den Futtertrog wandern oder in den Speichern als Mäusefraß verderben!

45 Millionen Tonnen Kartoffeln sind geerntet
20 Millionen Tonnen Kartoffeln werden gebraucht
25 Millionen Tonnen Kartoffeln sind Ueberschuß!

Sie sollen zu Kartoffelmehl, Sprit, Schnaps und Matsche verarbeitet werden und der Rest soll verfaulen!

12 Millionen Tonnen Kohle liegen auf den Halden!

Schon beginnen die Kohlenberge durch Selbstentzündung von innen heraus zu schmelen und zu brennen. Diese Kohlenmassen reichen doppelt und dreifach aus, um alle Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger für den Winter zu versorgen.

Die hungernden Massen der Erwerbslosen, der Kriegsopfer, der Alters-, Sozialrentner und Invaliden, der Unterstützungsempfänger aller Art

fordern sofortige Oeffnung der Speicher und Halden

damit sie in dem kommenden Winter nicht in dem Deutschland der Arbeitslosen verhungern und erfrieren.

Unsere Forderungen, für die die Millionen der Erwerbslosen auf allen Stempelstellen, in allen Dörfern, in Stadt und Land den Massenkampf aufnehmen müssen, gemeinsam mit allen übrigen Unterstützungsempfängern und dem ganzen Proletariat, lauten:

1. **Jeder Unterstützungsempfänger erhält jede Woche ein Brot extra und gratis als Zusatzunterstützung.**
2. **Jedem Haushalt von Unterstützungsempfängern werden sofort 5 Zentner Kartoffeln ausgeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt!**
3. **Jedem Haushalt von Unterstützungsempfängern werden 10 Zentner Kohlen oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung ausgeliefert.**

Der Reichserwerbslosenausschuß und der Reichseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion rufen die Massen in Stadt und Land zum Kampf für die Durchsetzung dieser minimalen Forderungen auf.

Wir rufen alle Erwerbslosenausschüsse und Einheitsausschüsse in den Bezirken, in den Städten, in den Industriegebieten und auf dem flachen Lande auf, alle Maßnahmen für die Mobilisierung zum Kampf für die Rettung der Erwerbslosen vor Hunger und Frost zu treffen!

Wir appellieren an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ohne Unterschied, in ihren Organisationen zu diesen Kampfforderungen der Erwerbslosen Stellung zu nehmen und unseren Kampf zu unterstützen.

Wir appellieren an die Arbeiterschaft in den Betrieben, an die organisierten und unorganisierten Kollegen, sofort in Belegschaftsversammlungen zu den Forderungen unseres Kampfes zur Rettung vor Hunger und Frost Stellung zu nehmen und den Kampf der Betriebsarbeiter gegen Lohnraub in ihrem Betrieb mit unserem Massenkampf zu vereinigen.

In jeder Stadt, in jedem Dorf, wo noch kein Erwerbslosenausschuß besteht, gilt es, in kühnster Einheitsfront Erwerbslosenausschüsse zu schaffen. Die bestehenden Erwerbslosenaus-

Teilstreik bei Seidel & Naumann

Dresden, 20. November.

Am Sonnabend legten 20 Arbeiterinnen im Betrieb Seidel und Naumann wegen Akkorddifferenzen demonstrativ die Arbeit nieder. Die Direktion drohte ihnen mit der fristlosen Entlassung. Die Arbeiterinnen nahmen die Arbeit wieder auf, nachdem ihnen zugesichert wurde, daß die Differenzen am Montag geregelt würden.

Höchste Gefahr

für unsere politischen Gefangenen! (Seite 2)

höchste müssen erreicht und noch höher im Vertreten der gesamten Masse der Erwerbslosen verankert werden!

Formiert die gemeinsame Kampffront! Steht vor in jeder Gemeinde!

Mobilisiert den letzten Mann, die letzte Frau, den letzten Jugendlichen, das letzte Arbeitermädel! Es geht um die Verteidigung des nackten Lebens, gegen die drohende Hungersnot.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter ohne Unterschied, unter politischen, gewerkschaftlichen oder religiösen Zugehörigkeit, vereinigt euch zum gemeinsamen Kampf!

Millionenfach muß der Kampfruf durch ganz Deutschland hallen:

Rettung vor Hunger und Frost!

Oeffnung der Speicher und Halden! Auslieferung der gewaltigen Ueberschüsse!

Her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Her mit der Winterhilfe für alle Erwerbslosen!

Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages brachte folgenden Antrag für die ungeheuerlich unter Hunger und Frost leidenden Erwerbslosen und anderen Unterstützungsempfänger ein:

„In der 88. Sitzung vom 18. Oktober 1932 wurde ein Antrag der Sozialdemokraten über Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen angenommen. **Ein in der gleichen Sitzung zur Behandlung stehender Antrag der Kommunisten, der konkrete Forderungen enthielt, wurde abgelehnt.**

Die Feststellung der Kommunisten, daß nach vollständiger Ablehnung aller konkreten Forderungen überhaupt nichts geschehen werde, hat sich vollauf bestätigt.

Die KPD-Fraktion fordert deshalb angesichts des drohenden Hungerwinters und der katastrophalen Lage der Erwerbslosen und Sozialhilfsbedürftigen die

beschleunigte Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten erhalten eine Winterbeihilfe in bar in Höhe von 30 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger; Unterhaltsberechtigte und Empfänger von Waisenrente erhalten je 15 Mark;

2. den vorstehend genannten Personengruppen sind laufend neben der Barunterstützung nicht auf diese anzurechnende Naturalunterstützungen zu gewähren, und zwar Lebensmittel aller Art, ausreichende Feuerungsmaterialien sowie Kleidung. (Kostenlose Lieferung von Kohle pro Woche 1 Zentner, Lieferung von Kartoffeln 4½ Zentner pro Unterstützungsberechtigten, ½ Zentner für jedes Familienmitglied, Lieferung von Winterkleidung, Schuhe beschlen, Uebernahme von Licht- und Mietrechnung durch die Gemeinden, unentgeltliche Lieferung von Mittagessen für Hilfsbedürftige und deren Angehörige, Einführung von Schulspeisungen in allen Volksschulen.)

Die für diese Hilfsmaßnahmen benötigten Mittel sind aus dem Polizeietat, dem Justizetat und durch Beitreiben rückständiger Steuern von Großunternehmungen oder Großbesitzenden zu beschaffen. Soweit die Gemeinden mit der Durchführung dieser Aufgaben zu betrauen sind, sind ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen."

Jetzt muß an allen Stempelstellen der Massenkampf für diese Lebensforderungen der hungernden und frierenden Erwerbslosen einsetzen, denn nur in außerparlamentarischer Aktion können sie verwirklicht werden. Schafft die kämpfende Einheitsfront an allen Stempelstellen gegen Hunger und Frost!

Erwerbslose besetzen Rathaus

Wohlfahrtserwerbslose erkämpfen Winterhilfe!

Die bürgerliche Presse bringt gestern in großer Aufmachung folgende Meldung aus Kassel:

„Am Sonnabend gegen Mittag haben mehrere hundert Kommunisten mit Frauen und Kindern das Rathaus in Kassel „besetzt". Sie hatten verschiedene Eingänge benutzt und drangen geschlossen zu dem Dezernenten des Fürsorgeamts, Stadtrat Dr. Haarmann, vor. Die städtischen Beamten wurden zurückgedrängt und im Augenblick waren die Flure, das Vorzimmer und das Dienstzimmer des Wohlfahrtsdezernenten von Frauen und Kindern dicht besetzt. Auf die Sessel im Zimmer des Dezernenten wurden Säuglinge und ganz kleine Kinder gelegt. Die Beamten des Fürsorgeamtes verhandelten nun mit den Führern der Demonstranten, die in der Hauptsache Bewohner der Wohnbaracken waren. Sie forderten Holz und Kohlen, ferner zusätzliche Nahrungsmittel für die Kinder sowie größere Unterstützungsbeihilfen."

Unter dem Druck der Wohlfahrtserwerbslosen sah sich der Stadtrat gezwungen, für die Kinder der Barackenbewohner täglich 0,50 Mark für zusätzliche Lebensmittel zu bewilligen und Kohlenbeihilfen aus den Sammlungen der Winterhilfe zur Verfügung zu stellen.

Ein riesiges Aufgebot der Schutzpolizei nahm dann die Räumung des Rathauses vor. Das Rathaus steht unter verstärktem Polizeischutz.

Höchste Gefahr für unsere politischen Gefangenen!

Proteststreik gegen das Chemnitzer Todesurteil. Rettet den Arbeiter Barti vor dem Tode! Verstärkt den Massenkampf gegen das Chemnitzer Todesurteil, für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

In allen Teilen Deutschlands protestieren die Arbeiter aufs schärfste gegen das Todesurteil, das an dem Arbeiter Barti vollstreckt werden soll. Hunderte von Telegrammen und Protestresolutionen sind bereits aus ganz Deutschland eingelaufen.

Zigarettenfabrik Negri, Berlin im Proteststreik

Die Belegschaft der Zigarettenfabrik Negri in Berlin führte am Sonnabend einen halbständigen Proteststreik gegen das Todesurteil gegen den Arbeiter Barti durch. Die Belegschaft richtete an das Chemnitzer Schwurgericht und an das Justizministerium ein Protesttelegramm, in dem die sofortige Aufhebung des Todesurteils sowie die Abschaffung aller Sondergerichte gefordert wird.

Die Afa-Arbeiter der Baustelle Flughafen, Berlin-Adlershof, sowie die Reichsleitung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe richteten gleichlautende Protesttelegramme an das Reichsjustizministerium. Aus dem Ruhrgebiet und vom Niederrhein sandten zahlreiche Betriebe und Stempelstellen ebenfalls Protesttelegramme an das Sächsische Justizministerium.

Jungarbeiter demonstrieren gegen das Todesurteil in Chemnitz

Wie uns berichtet wird, kam es am Freitagabend im Leipziger Osten zu einer spontanen Demonstration gegen das Schreckensurteil des Chemnitzer Sondergerichtes. Die Demonstranten führten eine rote Fahne im Zug und brachten Niederrufe gegen die Klassenjustiz und den faschistischen Burgfrieden aus. Zahlreiche Arbeiter brachten ihre Sympathien durch Zurufe zum Ausdruck.

Rote Hilfe verstärkt den Kampf gegen das Todesurteil und den Justizterror

Gestern fanden in Dresden, Radeberg, Meißen, Freital und Pirna außerordentlich stark besuchte Unterbezirkskonferenzen der Roten Hilfe statt, auf denen sich die Delegierten verpflichteten, **die Kampagne gegen das Chemnitzer Todesurteil und die faschistische Klassenjustiz zu verstärken und Massenprotestaktionen zu organisieren.** Auf allen Konferenzen wurden Protestentschließungen an das sächsische Justizministerium abgesandt, in denen die sofortige Freilassung des Arbeiters Barti gefordert wird.

Massenprotestdelegationen der Dresdner Arbeiterschaft

Am Sonnabend forderten **Delegationen der Arbeiterschaft von Dresden-Neustadt und Raditz** vom sächsischen Justizministerium die sofortige Aufhebung des Todesurteils. **Der Dresdner Erwerbslosenausschuß** nahm ebenfalls eine Protestentschließung an und sandte eine Delegation zum Justizministerium. Heute, Montagvormittag, fordert eine weitere Delegation, die sich aus Arbeitern aus allen Teilen Dresdens zusammensetzt, vom Ministerpräsidenten Schieck die Aufhebung des Todesurteils und sofortige Freilassung des Arbeiters Barti.

Helft den im Hungerstreik befindlichen proletarischen politischen Festungsgefangenen

Die Hungerstreiks in den verschiedenen Festungen gegen die unerhörte faschistische Verschärfung des Strafvollzuges gehen unbeirrt weiter. Nicht erkrankte proletarische Festungsgefangene von Groß-Strelitz verharren trotz Lebensgefahr weiter im Hungerstreik. Die Arbeiterschaft muß alles tun, um den Massenkampf gegen die Verschärfung des Strafvollzuges zu verstärken. **Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages** brachte folgenden

Antrag für die Auerbacher Festungsgefangenen

ein: „Die Regierung hat durch Vereinbarung mit den übrigen deutschen Landesregierungen auch wesentliche Verschlechterungen der Festungshaft in der Anstalt Auerbach i. V. durchgeführt. Daß die sächsische Regierung bei diesen reaktionären Maßnahmen führend gewesen ist, geht daraus hervor, daß die Anstaltsleitung in Auerbach sofort nach Bekanntwerden der Vereinbarungen diese ungeheuren Verschlechterungen durchführte. Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Verordnung über die Verschlechterung der Festungshaft rückgängig zu machen."

In allen Betrieben muß der Kampf gegen das Chemnitzer Todesurteil, gegen die faschistische Verschärfung des Strafvollzuges durch die Organisierung von Massenproteststreiks unterstützt werden. Nur die außerparlamentarischen Kampfaktionen der Arbeiter im Betrieb und Stempelstelle können den Arbeiter Barti vor dem Tode retten und die unerhörten Vorstöße der faschistischen Klassenjustiz gegen revolutionäre Proletarier zurückschlagen. Ein Massenschrei muß durch ganz Deutschland gehen:

Fort mit dem Todesurteil gegen den Arbeiter Barti!

Heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

Schießerlaß in Chemnitz

Eine öffentliche Bekanntmachung des Polizeipräsidiums enthält die Mitteilung, daß die Polizeibeamten angewiesen sind, in Fällen des Widerstandes unter allen Umständen sich durchzusetzen und auch vor dem Gebrauch der Schußwaffe nicht zurückzuschrecken.

Berliner Bezirksparteitag im Zeichen der

Kampfansage gegen faschistische Diktatur

Zur selben Stunde, in der sich am Sonnabend Hitler, umjohlt von dem Besitzpöbel des feudalen Hotels Kaiserhof, zu dem Generalfeldmarschall von Hindenburg begab, um der Bourgeoisie seine blutigen Landknechtsdienste als Preisboxer gegen den vorstürmenden Kommunismus anzutragen — während in den Luxushotels und in der Wilhelmstraße die Vertreter der deutschen Bourgeoisie fieberhaft am Werke sind, durch Konzentration aller faschistischen Kräfte die Niederschlagung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Avantgarde vorzubereiten — zu derselben Stunde versammelten sich in den Berliner Kammersälen die gewählten Delegierten der revolutionären Avantgarde der Arbeiterschaft und des werktätigen Landvolkes von Berlin-Brandenburg zum 12. Bezirksparteitag der KPD.

Ueber 800 Delegierte, darunter die besten und kampferprobtesten Arbeiterfunktionäre aus Großbetrieben und von Stempelstellen füllten den Riesensaal.

Von den Delegierten begeistert begrüßt, nahm dann der wegweisenden Kampflosungen des 12. Plenums und der Reichsparteikonferenz. Es war mehr als eine Demonstration es war ein Symbol, daß der kühne Streikführer der BVG, der Genosse Kayser es war, der unter dem stürmischen Beifall der Delegierten den Kongreß eröffnete, nachdem Genosse Walter Ulbricht, der Führer der Berlin-Brandenburger Organisation seine Begrüßungsrede beendet hatte.

Nach der Wahl eines Ehrenpräsidiums wurden die Delegierten zum Parteitag von Berliner Streikführern begrüßt.

Im Namen der zahlreich anwesenden Delegierten aus dem Reich begrüßte Genosse Opitz den Bezirksparteitag.

Rot Front für den Führer der Partei

Von den Delegierten begeistert begrüßt nahm dann der Genosse Walter Ulbricht das Wort, um dem Kongreß in einem eingehenden politischen Referat die Grundlage für seine Arbeit zu geben. Stürmisch von Beifall unterbrochen zeigte er, wie die Partei im Kampfe gegen die Wegbereitung und Aufrichtung der faschistischen Diktatur zur weitaus stärksten Partei Berlins herangewachsen ist, um jetzt geschlossener und ideologisch gefestigter denn je an die Erfüllung jener Kampfaufgaben heranzugehen, die uns als der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse gestellt sind.

Als während der Rede der Genosse Ernst Thälmann den Saal betrat, erhoben sich die Delegierten spontan von ihren Plätzen und donnernde Rot-Front-Rufe durchbrausten den Saal, dem Führer unserer Partei und unseres bolschewistischen Zentralkomitees zum Gruß.

Genosse Ernst Thälmann bekräftigt unser Bündnisangebot an alle Arbeiter

Der Führer unserer Partei nahm dann im weiteren Verlauf des Parteitages, stürmisch begrüßt, das Wort.

In seinen immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen ging Genosse Thälmann insbesondere auf die Lehren des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks ein und zeigte die Aufgaben der Partei auf, die angesichts der sich verschärfenden Situation und angesichts der Drohungen mit dem Verbot der Partei, stehen. Genosse Thälmann sagte -

daß schon mancher, der auszog, den Bolschewismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, sich an dem Granit der proletarischen Einheitsfront die Zähne ausgebissen habe.

Genosse Thälmann erneuerte das Bündnisangebot an alle Arbeiter, vor allem an die sozialdemokratischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Diktatur, zur Offensive gegen Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg.

Auf dem Parteitag sprachen auch einige Arbeiter, die noch Mitglieder der SPD sind und sich für die Einheitsfront erklärten.

Der Parteitag stand vor allem im Zeichen des BVG-Streiks und seiner Lehren und des Kampfes der Arbeitslosen um Kartoffeln, Brot, Kohle und Winterbeihilfen.

Mit stürmischer Begeisterung wurde eine Delegation der gleichzeitig in Berlin tagenden Sitzung des Reichserwerbslosenausschusses und des Antifaschistischen Einheitsausschusses begrüßt. Der dort angenommene Kampfappell wurde von dem Parteitag ebenfalls einstimmig angenommen.

Die politische Resolution und die Resolution zum BVG-Streik fand gleichfalls einstimmige Annahme. Ebenfalls einstimmig wurde die Wahl der Bezirksleitung vorgenommen.

Mit einer anfeuernden Schlußrede des Genossen Florin wurde der Parteitag geschlossen.

Lohnraub droht den Papierarbeitern

Am 17. November haben in der sächsischen Papierindustrie Lohnabbauverhandlungen vor dem Schlichter stattgefunden. Die Verhandlungen wurden bis zum 29. November vertagt, weil die Unternehmer in der stattgefundenen Verhandlung sich noch nicht über die Höhe des von ihnen geforderten Lohnraubes einig waren.

Die Leitung des Fabrikarbeiterverbandes beschwört die Belegschaften, ja keine Maßnahmen gegen den drohenden Lohnraub zu treffen, sondern das Verhandlungsergebnis abzuwarten.

Die sächsischen Papierarbeiter werden im Gegenteil, gemäß den Beschlüssen der Konferenz oppositioneller Papierarbeiter in Chemnitz, sofort alle Vorbereitungen zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau treffen.

Die stattgefundenen Verhandlungen sind ein Alarmsignal. In allen Papierfabriken muß sofort zur Lage Stellung genommen und der Streik gegen jeden Lohnabbauversuch beschlossen werden. Bildet in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse.

Der Streik der Dippoldiswalder Pflichtarbeiter

Wie wir bereits in der vorigen Woche meldeten, sind in Dippoldiswalde die Pflichtarbeiter in den Streik getreten, weil sie für 15 Pfennig Zuschlag zur Unterstützung nicht arbeiten wollten, sondern tarifliche Bezahlung fordern. Dem Streik hatten sich im Laufe der Woche noch weitere Pflichtarbeiter angeschlossen, während sich drei Nichtstreikender von der Polizei als Streikbrecher zur Arbeit bringen ließen.

Am Freitag kam es zu Massendemonstrationen der Erwerbslosen vor dem Rathaus, auf diesen Druck hin eine Stadtverordnetensitzung einberufen wurde, die jedoch die von den Kommunisten zum Antrag erhobenen Forderungen der Erwerbslosen ablehnte. Die massenhaft, sogar mit einem Polizeihund, erschienene Polizei ging in der rigorosesten Weise gegen die etwa 200 Demonstranten vor.

Wie wir soeben erfahren, mußte der Streik abgebrochen werden, weil es der Nazileitung und der SPD gelungen ist, sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, d. h. zum Streikbruch, zu bewegen. Wir werden auf den Verlauf dieser Bewegung nochmals ausführlicher eingehen.

Schulfaschismus stößt vor

Dresden, 21. November 1932

Alarmierende Nachrichten erhalten wir von verschiedenen Seiten aus dem Bereich des Pirnaer Bezirksschulamtes. **Es soll der Bezirksschulrat sämtliche Lehrer angewiesen haben, an allen Schulen diejenigen Kinder festzustellen, die an den proletarischen Jugendfeiern teilnehmen um, wie gesagt wurde, „die betreffenden Eltern der Bestrafung zuzuführen."**

Wir wissen nicht, ob dieser Bezirksschulrat auf Anweisung von oben oder aus eigener Machtvollkommenheit handelt, sicher aber ist, daß der Kulturfaschismus verstärkt gegen jede proletarische Regung vorstößt. Deshalb ist Alarm notwendig, um jeden Vorstoß der Reaktion mit der Massenmobilisierung der Arbeiterschaft zu begegnen. **Bringt die proletarischen Elternräte in Aktion! Mobilisiert die Arbeiterkinder an allen Schulen zum Kampf gegen die geplanten Maßnahmen. Schlagt den Kulturfaschismus durch Massenkampf zurück.**

Otto Bauers Koalitionsangebot an die Dollfuß-Regierung

In diesen Tagen ist in Wien der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs zu Ende gegangen. Dieser Parteitag kennzeichnet das ganze System der Betrugsmanöver wider die die Sozialdemokratie nicht nur in Oesterreich, sondern in der ganzen Welt anwendet, um den revolutionären Aufschwung in den kapitalistischen Ländern zu hemmen. Der Verlauf dieses Parteitages bestätigte restlos die Einschätzung des 12. EKKI-Plenums:

„Der Masseneinfluß der Sozialfaschisten ist in fast allen Ländern zurückgegangen, aber um so stärker und vielseitiger gestalten sich die durch sie zur Anwendung gelangenden Manöver. Einen besonderen Eifer in diesen Manövern legen die „linken" sozialdemokratischen Gruppen an den Tag bei gleichzeitiger Entfaltung einer tollen Hetze gegen die kommunistischen Parteien und die Sowjetunion".

Der Parteitag der SPOe. stand unter dem Druck des kommunistischen Vormarsches in allen Ländern und auch in Oesterreich. Zahlreiche Diskussionsredner traten auf dem Parteitag auf und klagten darüber, daß in ihren Bezirken die Kommunisten immer neue Arbeiterschichten eroberten. Unter diesem Gesichtswinkel sind auch alle jene verlogenen Phrasen über die Einheitsfront zu verstehen, mit denen sowohl der Vertreter der SPD. Paul Loebe in seiner Begrüßungsansprache, als auch Otto Bauer ihr Spiel trieben. Diese Phrasen über „Einheitsfront", die in Wirklichkeit Manöver gegen die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes darstellen, sind eine Folge der Tatsache, daß auch in Oesterreich immer breitere Schichten sozialdemokratischer Arbeiter unserem Ruf zur kämpfenden Einheitsfront Folge leisten. Darum auch gleichzeitig die wüste Kommunistenhetze in den Reden der Loebe und Bauer. Darum das Geschrei „Moskau verhindert die Einheitsfront", das nur die Tatsache verschleiern soll, daß die sozialdemokratischen Führer auch in Oesterreich die sich in den Betrieben und auf den Stempelstellen anbahnende wirkliche Einheitsfront des Kampfes gegen die Kapitalsoffensive, gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen, gegen den Faschismus verhindern wollen.

Um was es in Wirklichkeit den Bauer und Co geht, ergibt sich aus den Worten Otto Bauers: „Das Problem steht heute nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus . . ., sondern im Augenblick stehen wir vor einer ganz anderen Frage". Und diese andere Frage, so meint Bauer, ist die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie in Oesterreich.

Diese Rede wird von der bürgerlichen Presse ganz offen als ein Koalitionsangebot der SPOe. an die faschistische Dollfußregierung gewertet. Das „8-Uhr-Blatt" schreibt:

„Das fulminante Bekenntnis Dr. Bauers zur Demokratie wird seine Rückwirkung auf unsere innerpolitische Situation vielleicht nicht verfehlen. Von der proklamierten Verteidigung der Demokratie zur aktiven Mitarbeit in der demokratischen Staatsführung ist kein allzu großer Schritt. Man wird nach der Rede Dr. Bauers das Schlagwort vom Austro-Bolschewismus endgültig zu Grabe tragen müssen."

Aber vor den Augen der österreichischen Arbeiter steht nicht nur das warnende Beispiel der Faschisierung der bürgerlichen Demokratie in Oesterreich, sondern auch ganz besonders das Beispiel der Entwicklung in Deutschland. Diese Beispiele zeigen der Arbeiterklasse, daß die Sozialdemokratie unter der Parole „Verteidigung der bürgerlichen Demokratie" dem Faschismus freiwillig seine grundlegenden Forderungen bewilligte. Diese Demokratie führte in Oesterreich zur Dollfuß-Regierung, die nach dem Beispiel der Brüning, Hindenburg und Papen und auf dem Boden dieser vielgerühmten Demokratie Schritt für Schritt die Faschisierung durchführt. Diese Politik der Sozialdemokratie führte in Deutschland zu dem schmachvollen 20. Juli. Otto Bauer wagte es, die Auslieferung von Positionen an den Faschismus durch die SPD.-Führer zu verteidigen, indem er gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse infam beschimpfte. Er sagte:

„Warum konnte am 20. Juli 1932 die preußische Regierung Braun-Severing von einem Leutnant und drei Mann weggejagt werden? Weil die deutsche Arbeiterschaft es hat geschehen lassen, weil sich keine Hand zum Schutz dieser Regierung gerührt hat."

Also nicht die sozialdemokratischen Führer, die die Kommunisten, als sie zum Generalstreik aufriefen, als „Provokateure" beschimpfte und die Parole ausgaben: Bleibt still und wartet auf die Wahlen am 31. Juli, sind die Schuldigen des 20. Juli, sondern die deutschen Arbeiter, die bereit waren, zwar nicht für die Posten der Braun-Severing, sondern gegen den Faschismus zu kämpfen und sich leider ihre starken Fäuste noch einmal von den sozialdemokratischen Führern fesseln ließen.

Betrugsmanöver zur Verhinderung der kämpfenden Einheitsfront, „Koalitionsangebote an die Bourgeoisie, Hetze gegen die Kommunisten und gegen die Sowjetunion, das war der Inhalt der Reden und Verhandlungen auf dem Parteitag der SPOe. Auf diesem Parteitag der Bürokratie kam die Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter nicht zum Ausdruck. Dafür aber desto mehr auf den Tribünen des Parteitages. Jener Empörungssturm während der Rede des sozialdemokratischen Stadtrates Speiser über die sozialdemokratische Rathauspolitik war bereits ein Zeichen für die Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter, die zu erkennen beginnen, daß die Politik der sozialdemokratischen Führer gegen die Lebensinteressen der Arbeiter gerichtet ist. In Deutschland wie in Oesterreich werden die sozialdemokratischen Arbeiter in wachsendem Maße es ablehnen, sich unter der Losung „Verteidigung der Demokratie" für die Verteidigung der kapitalistischen Klassenherrschaft mißbrauchen zu lassen. Die Einheitsfront des Klassenkampfes, vor der sich die Otto Bauer und Loebe so fürchten, ist nicht mehr aufzuhalten. Sie wird vorwärtsschreiten zum Siege trotz des Geschreis der sozialdemokratischen Führer!

Sozialistische Arbeitsdisziplin

Der Volkskommissar für Arbeit, Genosse Zichon, über die Bedeutung der neuen Verordnung der Sowjetregierung — Schutz der Arbeiterklasse vor gewissenlosen Schädlingen

Moskau, 19. November. Die neue Verordnung der Sowjetregierung zur Hebung der sozialistischen Arbeitsdisziplin wird von der gesamten bürgerlichen, einschließlich der sozialdemokratischen Presse zu neuen Verleumdungen gegen die Sowjetunion benutzt. Das ist kein Wunder. Begreifen doch die Kapitalisten und ihre Lakaien sehr gut, daß diese Verordnung der Sowjetregierung ein harter Schlag für alle diejenigen bedeutet, welche glaubten, daß die Wachstumsschwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues vom Proletariat der Sowjetunion nicht überwunden werden können. Diese Hoffnungen sind zum Leidwesen aller Antibolschewisten durch die letzte Verordnung über die Hebung der Arbeitsdisziplin erneut vernichtet worden. Die Zustimmung, mit der die Arbeiterklasse der Sowjetunion diese neue Verordnung aufnahm, zeigt am besten, daß das Sowjetproletariat die Bedeutung dieser Verordnung für den sozialistischen Aufbau und damit für die Hebung der Lebenslage der gesamten Arbeiterklasse erkennt.

Nachstehend veröffentlichen wir einige Erklärungen des Volkskommissars für Arbeit, des Genossen Zichon, die dieser unserem Moskauer Vertreter anläßlich der letzten Verordnung gab:

„Es ist hinlänglich bekannt, daß seit dem Tage, wo die Arbeitslosigkeit im Arbeiterstaat liquidiert wurde, von den Millionen Arbeitern, die jährlich neueingestellt werden, mindestens die Hälfte vom Land kommt. Im Jahre 1931 kamen 2 Millionen Arbeiter in unsere Volkswirtschaft, im laufenden Jahr abermals über 2 Millionen. Ueber die Hälfte dieser neueingestellten Arbeiter waren bis gestern Bauernsöhne, die noch nicht an die Industrieproduktion gewöhnt sind und manchmal die Bedeutung der Arbeitsdisziplin nicht begreifen. Das wichtigste Mittel, um diese neuen Kader zu erziehen, ist und bleibt die proletarische Oeffentlichkeit. Um aber diese ehemaligen Dorfbewohner durch Aufklärungsarbeit zu bewußten Proletariern umzubilden, genügt nicht die Zeit einiger Monate. In einigen Zweigen der Industrie gibt es Arbeiter, die jährlich 16 Tage und mehr, außer ihrem Urlaub, der vom Betrieb bezahlt wird, unentschuldigt und unbegründet der Arbeit fernbleiben. Welchen Schaden dieses Verhalten dem proletarischen Staat zufügt, wird aus folgendem Beispiel klar:

Viele unserer Betriebe arbeiten ununterbrochen in drei Schichten. Wenn einer der Arbeiter ausbleibt, so wird die gesamte Arbeit der ganzen Schicht in Unordnung gebracht. Gerade gegen eine solche antiproletarische gewissenlose Einstellung der Arbeit gegenüber richtet sich auch der Beschluß der Sowjetregierung. Die Aufgabe des Arbeiterstaates besteht in dem Schutz der Interessen der Arbeiterklasse gegen die unverantwortlichen Bummler, die sich dem Betrieb gegenüber so verhalten, als wenn er nicht der Arbeiterklasse, sondern privatkapitalistischen Ausbeutern gehörte.

Welches sind nun gemäß dem Arbeitsgesetz des Sowjetstaates die triftigen Gründe beim Nichterscheinen zur Arbeit? Zu diesen Gründen zählen Krankheit des Arbeiters oder eines seiner Familienmitglieder, Unglücksfälle und Naturkatastrophen usw. Wie man also sieht, kann die Verordnung nicht ungerecht angewandt werden, sondern nur in den Fällen, wo wirklich ein verantwortungsloses Benehmen gegenüber dem sozialistischen Aufbau zutage tritt."

Bolschewistischen Kampfgruß unseren dänischen Genossen!

Das ZK. der KPD. sandte folgendes Telegramm an unsere dänische Bruderpartei:

„Heiße revolutionäre Kampfesgrüße unserer dänischen Bruderpartei anläßlich des glänzenden Wahlsieges bei der Wahl zum Folketing. Geloben unverbrüchliche revolutionäre Verbundenheit des deutschen und dänischen Proletariats. Es lebe unser gemeinsamer Kampf für den Sozialismus! Zentralkomitee der KPD."

England für Versailler Sicherheitsklausel

London, 19. November. Da in französischen Regierungskreisen die Rede Simons wegen des Fehlens einer Sicherheitsklausel im Sinne des Versailler Systems kritisiert wurde, verbreitet die englische Regierung durch das amtliche Reuter-Büro folgende Meldung:

In amtlichen englischen Kreisen wird erklärt, das Fehlen einer Sicherheitsklausel in den Vorschlägen Sir John Simons dürfe auf dem Kontinent keine Besorgnis erregen. Die Vorschläge seien nicht dazu bestimmt, diejenigen Hoover-Herriots zu verdrängen. Sie sollten sie lediglich ergänzen. Die Rede Simons richte sich daher nicht gegen den französischen Plan.

Steigende Arbeitslosigkeit in Italien

Rom, 19. November. Die Triester Zeitschrift „Börse" meldet, daß die Arbeitslosenziffer in Italien seit Ende Juni ununterbrochen im Ansteigen ist. Allein an registrierten Arbeitslosen — die meisten Arbeitslosen werden in Italien nicht registriert — wurden Ende Juni 905 000, Ende Juli 931 000, Ende August 946 000 und Ende September bereits 950 000 gezählt. Im Oktober ist bisher eine weitere Zunahme von über 8000 Arbeitslosen festgestellt worden. Von diesen registrierten Arbeitslosen erhalten nur 220 000 eine minimale Unterstützung.

A. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

12. Fortsetzung.

Er soll auch verlangen, daß uns wenigstens ein energischer, tüchtiger Komiteearbeiter hergeschickt wird. Wir könnten dann eine Diskussion organisieren. Die Menschewiken verbreiten die Verleumdung, daß wir Bolschewiken in ganz Rußland am Rande des Todes stehen. Sprechen wir dagegen, so glaubt uns kein Mensch. ‚Was wißt ihr schon?' heißt's dann. ‚Ihr sitzt hier und habt keine Ahnung, was in der schönen Welt vor sich geht!' Ganz anders schaut die Sache aus, wenn ein Bolschewik aus Odessa kommen wird. Er kann das Vertrauen rasch gewinnen. Kennt er sich in den Parteifragen aus, so sind wir in der Lage, den Karren zu schmeißen", so sprach Genosse Roman.

„Unter keinen Umständen", erwiderte Genosse R. „Erstens haben Sie den großen Tschetschelower Bezirk, den Sie nicht allein lassen können, in Ihren Händen. Zweitens sehe ich gar keine Garantien, daß mit Ihnen nicht dasselbe passieren wird wie mit Genossen Jemgenij. Er schwor uns, daß er wegfährt, um uns Unterstützung zu bringen, versprach feierlichst, zurückzukommen... und kam nicht zurück. Ich schlage vor, Genossin R. zu schicken."

„Wenn sie den Auftrag gut erfüllen wird, werden wir sie ins Komitee wählen. Sie ist ein sehr begabtes Mädchen", sagte ich.

„Das werden wir noch sehen", erklärte R. kühl. „Sie sorgen immer nur für jene, die in Ihrem Bezirk arbeiten, Genosse Kirill. Sprechen Sie aber mit ihr darüber nicht, bevor sie von Odessa zurückgekommen ist."

Genossin R. war eine Intellektuelle, eine Propagandistin. Im Grunde genommen war sie nichts anderes als eine begabte, hoffnungsvolle, ehrgeizige Jungkommunistin. Durch ihren einfachen Umgang mit den Arbeitern, durch ihre herzliche, klangvolle, weiche Stimme und durch ihr Talent, interessant und lebendig zu sprechen, eroberte sie sich das Vertrauen der Arbeiter jener Zirkel, zu denen Leitung wir sie bestimmten. Außerdem leitete sie unsere Arbeit in der „Gesellschaft" und sammelte Geld für die Partei unter der liberalen Bourgeoisie, die mit der revolutionären Bewegung sympathisierte.

Wir hatten sie schon als Kandidatin für das Komitee bestimmt, aber Jemgenij, der sie gut kannte, lehnte unseren Vorschlag ab.

Ich war überzeugt, daß Genossin R. den ihr gegebenen Auftrag ehrenvoll durchführen wird. Sie hörte aufmerksam allem zu, was Genosse R. ihr über die schwierige Lage, in die das Jekaterinoslawer Komitee geraten war, erzählte. Es wurde ihr die Aufgabe gestellt, aus Odessa einen guten Komiteearbeiter mitzubringen, weil sonst die Gefahr drohe, daß das Jekaterinoslawer Komitee von den Menschewiken gesprengt wird. Sie sollte auch die Ansicht des Odessaer Komitees der Bolschewiken über die Lage in Jekaterinoslaw, im Zusammenhang mit der Forderung der Menschewiken nach sofortiger Durchführung des Wahlprinzips, erfahren. Als Frist wurden ihr zwei Wochen gegeben. Genossin R. antwortete, sie habe alles sehr gut begriffen, sie werde sich bemühen, die Frage zu klären, was das Jekaterinoslawer Komitee in der gegebenen Lage zu tun habe, und werde auch den angeforderten Komiteearbeiter mitbringen.

„Reservisten"

Als verantwortlicher Organisator der Unterbezirke Amur und Nishnje-Dnjeprowsk oblag mir die Pflicht, mindestens einmal in der Woche dort zu erscheinen und zu beobachten, wie die Arbeit geführt wird. Beim schrecklichen Geldmangel der Organisation und bei den schlechten materiellen Verhältnissen konnte ich an Wagenfahrten nicht einmal denken. Sie waren nicht nur sehr teuer, sie hätten auch leicht der Konspiration gefährden können. Unter den Kutschern gab es viel Spitzel, und auch die Agenten der Ochrana hätten uns auf die Spur kommen können.

Aus diesen Gründen mußte ich also zu Fuß gehen. Sehr häufig erreichte mich, wenn ich zu lange in den Zirkeln oder Sitzungen blieb, die finstere Nacht, sehr oft war ich gezwungen, bei strömendem Regen, starkem Frost oder Schneegestöber nach Hause zu gehen. Wie in jeder entlegenen, unbewohnten, dem Gegend Rußlands lauerten Taschendiebe, Schufte und Landstreicher auf die verspäteten Fußgänger und nahmen ihnen alles, bis aufs Hemd, ab. Damit rechnend, befreite ich die Genossinnen von der Arbeit in den von Jekaterinoslaw entfernten Bezirken. Ich schickte Genossen hierhin oder ging selbst hin.

Ich freute mich aber jedesmal sehr, wenn ich beim Zurückfahren von Nishnje-Dnjeprowsk auf der Station einen Lastzug vorfand. Ich sprang dann auf den Bremswaggon, was der Schaffner den dortigen Bewohnern gestattete, und fuhr umsonst als „blinder Passagier" bis nach Jekaterinoslaw.

Eines Tages ging ich sehr spät von Nishnje-Dnjeprowsk nach Jekaterinoslaw. Es war ein starker Frost. Der Dnjepr war schon seit langem zugefroren. In der Nacht fing es zu schneien an, ein kalter Wind wehte. Durch den weißen Schleier der dichten Schneeflocken erblickte ich zu meiner größten Freude die hellen Laternen eines Lastzuges auf der Station. Es blieb mir keine Zeit anzuschauen, was das für ein Zug sei. Erfreut, daß ich die seltene Gelegenheit haben werde, die zehn Werst mit dem Zug zu fahren, rannte ich, so rasch ich nur konnte. Er setzte sich gerade in Bewegung, als ich mit Hilfe der Reisenden, die mich unter den Armen packten und die ich für Eisenbahnarbeiter hielt, in den Waggon sprang, der, wie die Aufschrift besagte, für „vierzig Mann oder acht Pferde" bestimmt war.

Bei dem düsteren Licht der Laterne unterschied ich provisorische Liegestätten aus Brettern und liegende und stehende Arbeiter, die ukrainischen Bauern glichen.

„Setzen Sie sich. Wie Sie frieren!" sagte ein junger Bursche, der nicht weit von mir saß.

„Das sind Eisenbahnarbeiter", stellte ich fest. „Das ist mal eine glänzende Gelegenheit, Propaganda zu machen. Sie sehen nur so grau aus", dachte ich, während ich sie betrachtete. „Vielleicht fahren sie ins Bergwerk."

Ich suchte also, als ich die Leute, die ich für Arbeiter hielt, erblickte, nach einem Vorwand, um mit ihnen ein Gespräch zu beginnen. Der Vorwand fand sich sehr bald.

„Sie sind aus Jekaterinoslaw?" fragte mich derselbe Arbeiter, der mir einen Platz angeboten hatte. „Lesen Sie Zeitungen? Erzählen Sie bitte was man schreibt. Ich kann nicht ruhig werden, schlagen wir die Japaner oder prügeln die Japaner uns? Unsere Kleinrussen sagen: man schlägt die Unseren, und sie laufen so rasch, daß die Fersen nur so leuchten. Ist das wahr oder nicht?"

Ich nutzte die Gelegenheit aus und begann sofort den neben mir Sitzenden von der tragischen Lage der Arbeiter und Bauern in Rußland zu erzählen. Ich geriet in Erregung. Man hörte mir aufmerksam zu.

„Genug!" erklang plötzlich eine scharfe, empörte Stimme, und im selben Augenblick packte mich jemand eine große Hand.

(Fortsetzung folgt)

Jedem, aber auch Jedem
gebe ich in dieser Woche, vom 21. 11. 32 bis 26. 11. 32, eine Flasche meiner erstklassigen Franz Schaal's **Ultramarin-Schreibtinte** oder eine Flasche **Füllfeder-Tinte** zum Preise von je 10 Pfg.
Drogenhaus Franz Schaal, Dresden
Ausstraße 23 und Alaunstraße 11

ANZEIGEN
haben den denkbar besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

SARRASANI
Letzte Vorstellungen
Donnerstag, 24. November
3 und 8 Uhr
Täglich Kleines Circus-Programm und Auftreten vielseitigen Wunsch: Deutsche Märchen-Revue. Letzte Nacht-Vorstellungen: Dienstag, 22. Mittwoch, 23. und Donnerstag, 24. Nov., 3 Uhr. Nachm. halbe Preise. Jedes Kind erhält als besonderes Geschenk [illegible] in den Nachm.-Vorstellungen ein schönes Malbuch [illegible] Krone-Circus

Wir suchen
per sofort, spätestens zum 1. Dez. eine
junge Kontoristin!
Schreibmasch.- und Kurzschriftkenntnisse sind erforderlich. Die Einstellung erfolgt zunächst aushilfsweise.
Schriftliche Bewerbungen an die Deutsche Verlags-G. m. b. H., Güterbahnhofstraße 2

Freiberg
Otto Kunze's
Buch- und Zeitschriftenhandlung
Freiberg, Sa., Bahnhofstraße 21, Fernsprecher 3520
Vermittlung von Versicherungsgesellschaften aller Art, billige Gebäude-Familienhilfe, Feuerversicherung, Jahrhilfe Dr., Regens für Alte, Glückshefte u. a. m.
Sämtliche Modezeitungen am Lager
Berliner Illustrierte, Gartenlaube, alle Bücher, Notenausgaben und andere [illegible]

Wir geben hiermit bekannt, daß am 24. November, 20 Uhr, in der Pestalozzi-Schule (Mädchen-Turnhalle) ein neuer
Samariter-Lehrkursus
beginnt, und laden alle Damen und Herren, welche an dem Kursus teilnehmen wollen, hierzu freundlichst ein. Anmeldungen sind beim Vorsitzenden Heinz, Pillnitzer Straße 6, oder beim Kassierer Joh. Hollmann, Rosenstr. 14, I spätestens am 24. Nov. beim Kursusanfang.
Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Bautzen

2 Der Weg zum Kunden 2

Dresden

Franz Pokorny
Konfektions- und Wäsche-Etage
am Pirnaischen Platz
Eingang Grunaer Str. 2

Kauft in Edeka Geschäften

Residenz-Buffet und Konditorei
Seestraße 7, Filiale Weißenhausstraße

Emil Görner, Antonstraße 18, Feinste Fleisch- u. Wurstwaren
Emil Giesel, Fritz-Reuter-Str. 4, Feinste Fleisch- u. Wurstwaren, Edeka

Kohlen-Mickel
Moserstraße 12, Ruf 19934

Adolf Schmidt, Am Fischmarkt, Drogen, Schriftgut, Öfen von Allgemeier, Lacke, Farben, Pinsel
Moritz Rätze, Schreibergasse 7, Bücher, Bilderbücher, Kalender für Wiederverkäufer
Neu eröffnet: **Damenhut** schick und billig, **Radeberger Hutvertrieb**, Marienstraße 3
Reserviert

Radebeul
Sortimentsbuchhandlung für Milch und Butter
Fritz Burkhardt
Leipziger Str. 66, Fernruf 72445
A. Reiche
Modehaus Radebeul
Trogen — Farben — Photohandlung **Herb Hertwig**, Dresden Str. 66
Milch Ott, Nähe bei Stadtring 7
Drog., Farb., Glas u. Lebensm.
Kauft bei d. Textilgeschäft d. H. Bertle, Hans Berthel, Bahnhofstr. 16
Schuhgeschäft Pekarek
Bahnhofstraße 9 — Reparatur

Weinböhla
Hier gute Kolonialwaren von **Emil Burkhardt Nachfg.**
Aug. Reinhold, Hauptstr. 41, H.-Art., Trikotag., Wolle, Strümpfe, Wäsche
Otto Wenzel, Kirchplatz 14, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Zahn, Hauptstr. 56, Kolonialw., Weine, Kaffee, Zigarren

Coswig
Johannes Hesse, Herrenhutfabrik, Hauptstraße 16
Fahr- u. Motorräder, Nähm., Ersatzteile, **Karl Pätz**, Dresden, Str. 25
Kohlen Alfred Teichmann, Dresdner Straße 7

Dresden-Neustadt
Neuerscheinung: **Körnerstr. 1 u. 3**
Zweigl.-Schulen: Leipzig. Str. 159, Voutastr. 21, Altplauen 8, Trompeterstr. 9
Lederwaren und Reisenartikel **Hut-Reinz**, Inh. Clara verehl. Reinz, Hauptbahnhof an Leipzigerstraße 24

Meißen
Erhöhe den Wert deines Einkommens oder deiner Unterstützung
Werde Mitglied im **Konsumverein Meißen** e. G. m. b. H., und decke nur dort deinen gesamten Bedarf!

Pieschen
Arth. Seifert, Anthrazit, Kohlenlager Str. 42, Ruf 34821
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **E. Martin**, Marktstr. 3, Ecke Leipziger Platz

Kötzschenbroda
W. Wagenknecht, Landesprodukte, Bennerstraße 9
Paul Hammer, Papierverarbeitg., Gartenstr. 18 (neben d. Schule)

Ottendorf-Okrilla
Getreide, Dünger und Futtermittel, Kartoffeln, Kohlen, Baumaterialien, Beuhner & Zenzeldt, Ruf 210

Freital
Kauft Eure Tabakwaren bei **HOHLFELDT**

Neundorf
Martin Rentzsch

Bautzen
Künella-Butter • Eier • Käse
Reichenstraße 16
Milchhof Bautzen, e. G. m. b. H., Kornmarkt 24, empfiehlt seine erstklassigen Erzeugnisse
T. ALBERT, Lederwaren u. Sportartikel, Lauengraben 10
Kleiderstoffe und Konfektion, **Paul Otto**, Kornstraße 10
Otto [illegible], Kesselstr. 8, Zigarren, Zigaretten, Tabake, Hülsenmarken
Uhren nur bei Roksch, Schulstr. 10
Walter Voigt, Eisenwaren, Innere Lauenstraße 8
Guismolkerei Frischkäse eigenes, empfiehlt alle Molkereiprodukte
Färberei und Reinigungsanstalt, **M. Schubärth**, Fabrikstr. 10 (Erge. Laden) Cottbuserstr. gegenüb. d. OKK
Kolonialwaren, Feinkost, **Georg Müller**, Meißnerstraße 8, Telefon 3240
Kristeller, Reichenstr. 38, Das Schuhhaus für alle
Eisenwaren — Werkzeuge, **Paul Seidler**, Lessingstraße 3
Milch, Butter, Eier, Käse nur bei **Karl Günther**, an der Petrikirche 3
Deckt Euren Bedarf an Backwaren bei **G. Ritter**, Westfachstr. 38
Kunststopferei Reparaturanst., I. Stümpfer, Steinbach Schulstr. 7
Otto Seliger, Kolonialwaren, Paulistraße 1 — Moritzstraße 10
Max Rossig, Fleisch- und Wurstwaren, Seminarstraße 4 — Moritzstraße 8
Kolonialwaren und Spirituosen, **G. P. Dietrich**, Heringstraße 3
Garten, Konzert- u. Ballhaus **„Drei Linden"**, Inhaber W. Dietz / Empf. meine Lokalitäten für Veranstaltungen. Ausschank der guten Bautzener Aktien-Biere
Särge A. Tinz, Sargmagazin, An der Petrikirche 1
Georg Krahl, Gr. Brüdergasse 8, Fleischerei und Wurstwaren

Freital-Potschappel
Milch, Butter, Käse, Fleischerei, Schulstraße 11, Milch und Molkereiprodukte
Fisch-Häßner, Untere Dresdner Straße 46

Gittersee
Lebensmittel **A. Bernhardi**, Dresdner Str. 88
Molkereiprodukte **Karl Fritzsche**, Dresdner Str. 60

Freital-Dohlen
Central-Apotheke
Allopathie, Homöopathie, Biochemie. Anfertigung sämtlicher Rezepte. Lieferung für alle Krankenkassen.

Bannewitz
Lebensmittel, Spirituosen, **E. Bohrmann**, Hauptstr. 67
Lebensmittel **H. Edermann**, Hauptstr. 3

Coschütz
Restaurant **Ratskeller Gesellschaft**, Feldschlößchen-Biere
Reserviert 2. 6.
Brot- und Feinbäckerei **Otto Herm. Franke**, am Roten Stein

Bischofswerda
Fleisch- und Wurstwaren empf. **Heinz Weber**, Neustädter Str. 38
Schützenhaus empfiehlt sich Gesellschaften, herrliche Veranda, größter Saal a. Platze
Molkerei Bischofswerda, Täglich ff. Tafelbutter, Milch und div. Sorten Käse, Inhaber: Bruno Fretzsch
Haben Sie Blatt? Anzeige. Mal nur M. 20.—, B. Pelz, Hauptstr. 42
Fleisch- und Wurstwaren, **Erich Schreyer**, Neustädter Str. 51
Gasthof „Neuer Anbau", Jeden Sonntag feiner Ball, Lokal sämtl. Arbeitervereine, Neustädter Str. 74

Radeberg
Fahrräder-Zentrale, Hauptstraße 7, Platten, Mantel, Schläuche, Zubehör
Kauft in dem Fährenhaus
Textilhaus **A. Zeisman**, Hauptstr. 8, Mitglied des Rabatt-Sparvereins

Rähnitz-Hellerau
Kolonialwaren und Spirituosen, **R. Goldberg**, Klotzschberger Str. 48
Reserviert

Großröhrsdorf
Trinkt **Großröhrsdorfer Biere**

Lausa-Weixdorf
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, **Friedrich Wolf**, Wasserstraße 1
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, **Franz Herrmann**, Königsbr. Str. 17, H. Kaffee und Kuchen
Arthur Popp, Bäckerei, Königsbrücker Straße 42

Hermsdorf
Autogene Schweißanstalt, Metall- und Glasgroßhandlung, Kohlen- und Brennstoffhandlung
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, **Rudolf Steffik**, Schulstraße 3

5 Der Weg zum Kunden 5

Dresden-Altstadt
6 Prozent Rabatt
auf Kakao, Schokolade, Pralinen, Bonbons und den guten Gero-Kaffee in allen Filialen von
Gerling & Rockstroh

Besucht das **Lichtspielhaus Freiberger Platz**

Sport-Geräte-Kleidung **Böhme**

Papier, Lederwaren, Haus- und Küchengeräte, Herrenartikel
Bargou, Dresden-A., Postplatz

Café Wickel, Schloßstraße 14, Täglich Konzert, Neuerfest — Neue Bewirtung

Albin Schumann, Großmarktstraße, Fischgroßhandlung

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei, **R. Richter**, Dippoldiswalder Gasse 2

KUCHENHAUS, Billigste Bezugsquelle, Freiberger Straße 6, Niederwerthe Bäckerei Jäkel

Alwin Pödner, Feinbäckerei, Reisestraße 20, Alt.: Gorbacher Ecke Hebbelstraße

Unterstützt das Handwerk!

Reserviert

Hermann Gruber, Schokoladen u. Zuckerwaren, Annenstr. 14, Ruf 19628, Reserviert

Waschmaschinen-Reparaturen

Die günstige Einkaufsquelle für Farben, Lacke und Malerartikel, **Dresdner Laub- und Farbenhaus Käufferstraße 6**, Händler! Billigste Bezugsquelle für Schmierseife

Dresden-Löbtau
Hallo! Bei **Neppe** werden bekleidet Ihre feinsten und schlechtesten Teppiche, Wernerstraße 41
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, **Arthur Schöne**, Eschenbachstr. 4, Ecke Columbusstraße

Dresden-Friedrichstadt
Deutsche Schnell-Schuhreparatur-Werkstatt „Reich", Schäferstraße 50
Schuhreparatur von **Oscar Schwabe**, Schäferstr. 17
Rohrgeflechtgeschäft von **Reg. Benger**, Schäferstr. 13, Riedelsche Quelle
Feinbäckerei **Max Herrmann**, Friedrichstraße 9
Holz- und Kohlenhandlung von **Herm. Richter**, Schäferstr. 11
Lebensmittelgeschäft **Paul Rüdiger**, Wachsbleichstr. 3

Dresden-Reick
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei, **Paul Rehner**, Turnerstraße 47

Dresden-Pieschen
Walter Krengel, Grenzstraße 30, Kolonialwaren — Gemüse
Unterstützt das Handwerk!

Dresden-Striesen
Waschanstalt „Weicher", Dittmannstraße 27 — Trockenplatz, Trockenraum, elektrische Maschine

Dresden-Gruna
Reserviert
Reserviert

Dresden-Seidnitz
Öl- und Grünwaren, **Willy Kittner**, Winterberg, Ecke Bärenfelser Str.

Dresden-Lockwitz
Otto Trebitsch's Zweigeschäft, Inh. Hugo Richter, Wilsdruffer 23
Reserviert Nr. 1
Reserviert Nr. 2
Johannes Nestler, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Wilsdruffer 31
Alfred Meichner, Zeisigstraße 2, Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten
Hugo Gelbmann, Schlachtgeschäft, Pirnaer, Nähe Pfarre
Herbert Tauscg, Kolonialwaren, G. Richter, Marktstraße Ludwig Tolmaer Str. 305

Altnickern
Otto Arnsberg, Kolonialwaren, Altnickern 21

Dresden-Neustadt
Nähte-Gick, Königsbrücker Str. 79 und 46, Eingang Jordanstraße
Papier- und Spielwaren, **R. Mühlmann**, Hebbelstraße 20
Reserviert

Dresden-Prohlis
Gasthof Prohlis, Arbeiterverkehrslokal

Dresden-Dolzschen

Ist das gute Brauna-Brot!

Dresden-Pesterwitz
Hellert's Weinschank, jeden Sonntag vor Gleichen ein

Pirna
Farben-Hering, Schmiedestraße 23
Gottlb. Emil Hermann, Markt 7, Kolonialwaren, Samen, Zoologische Handlung, Angelartikel, Vogelfutter

Pirna-Zehista
Otto verw. Walther, Bäckerei und Kolonialwaren

Heidenau
Bäckerei u. Konditorei Café Süße, Inh. Erich Wienert, Bismarckstr.
Kurt Trentow, Textil, Pirnaer Str. 4
Reserviert 1
Hans Schäfer, Kolonialwaren, Gerberstr.
Hans Weißbach, Friedrich-Ebert-Platz 4
Kurt Schädlich, Fahrräder, Nähmaschinen, Reparat., Gewerbliche Str.

Heidenau-N.
M. Bruport, Zigarr., Zigaretten u. Tabake, Berggeist. 4

Neusalza-Spremberg
Herren-, Damen-, Kinderkonfektion, Manufakturwaren, R. Wenzel, Inh. R. Fischer, Zittauer Str.
Thema & Gerlach, Obermarkt

Dohna
Molkereiprodukte, Groß Selbar & Sohn

Neugraupa
Walter Nitsche, Kolonialwaren, empfiehlt sich der Arbeiterschaft

Kreischa
Reserviert

Großgraupa
Alters Nachf., „Am Fahrengrund", empfiehlt sich der Arbeiterschaft
Reserviert Nr. 1

Hartmannsdorf
Kurt Jähnig, Kolonialwaren, Hauptstr. 7
Bier, Mühl, Futtermittel, Braune Opis

Eversbach
Hans Nebelich, Hauptstr. 30, Drogen, Farben, Photo
Restaurant „Zum Linden", empfiehlt sich den Arbeitern
Lebensmittel Paul Pohlitz, Leipzigstraße 52 — Telefon

Dippoldiswalde
Zigarren-, Zigaretten- und Tabakspezialhaus, Wilhelm Hentschel Nachf., Inh. O. Kriegler, Freiberg Str.
R. Milch und Wurstwaren, Kurt Schreiber, Schulstraße
Ar-Mi-Tuch spinnt, Dutzerplatz

Langebrück
Kolonialwaren, R. Gruber, Hauptstr. 9

Laubenheim
Kurt Pesch, Inh. Max Pesch, Textilwaren, Reich- u. Kinderwaren

Hirschfeide
Gustav Schneewolf, Lebensmittel / Weine / Spirituosen
Gasthof „Zum Hirsch", Reisezimmer und Fremdenzimmer

Dittersdorf
Reisezimmer und Fremdenzimmer, Rudolph Hübner

Beilage
Montag, den 21. November 1932

Arbeiterstimme

Nr. 265
8. Jahrgang — Tagespresse der KPD

Dem siehst du es an,

daß er mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun haben will. Er liest die bürgerliche Presse. Sie vertritt seine Interessen gegen die Arbeiter. Auch die Werktätigen sollten lernen. Sie sollten erkennen, daß die Presse dieses Herrn nicht ihre Interessen vertreten kann. Noch heute müssen sie ihre Tageszeitung,

die „Arbeiterstimme",

die von den Unternehmern gefürchtete und bekämpfteste Zeitung, bestellen, abonnieren und lesen.

. . . und dann vergiß nicht,

auch dein Klassengenosse, dein Arbeitskollege muß informiert werden. Auch er wird sich bereit erklären, die „Arbeiterstimme" zu abonnieren.

Justizaktion gegen Gottleubaer Antifaschisten

50 Monate Gefängnis wegen Abwehr des SA-Ueberfalls

Am Dienstag begann in Gottleuba der Prozeß gegen 20 angeklagte Arbeiter, darunter drei Reichsbannerleute. Vor dem Gerichtsgebäude kam es zu starken Protestaktionen der zahlreich versammelten Arbeiter. Dresdner Polizei sprengte die protestierende Menge mit dem Gummiknüppel auseinander.

Der Gerichtsvorsitzende erklärte zu Beginn der Verhandlung, daß von mehr als 20 revolutionären Arbeiterorganisationen Protestschreiben vorliegen, welche die Freilassung der angeklagten Antifaschisten verlangen.

Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde. In der Nacht vom 12. zum 13. März 1932 wurden Gottleubaer Antifaschisten von Nationalsozialisten, die zu diesem Zweck auf vier Lastautos von Pirna kamen, überfallen. Hierbei wurden zwei Arbeiter erheblich verletzt. Einer davon erhielt einen schweren Lungenstecksch[illegible], er mußte damals sofort operiert werden und schwebte zeitlang in Lebensgefahr. Die Verhandlung ergab, daß der Ueberfall von den Nationalsozialisten planmäßig organisiert und durchgeführt wurde. Schon Tage vorher zertrümmerten die Nazis die Fensterscheiben des kommunistischen Gemeindevertreters. **Am Tage vor dem Ueberfall auf revolutionäre Arbeiter erklärte Nazi-Führmann, der Gottleubaer SA-Führer, dem stellvertretenden Bürgermeister, daß die SA jetzt die Polizeigewalt hätte.** Wie aus der Vernehmung der mitangeklagten Nationalsozialisten hervorgeht, durchstreiften dieselben in der betreffenden Nacht gegen 2 Uhr in geschlossenen Trupps den Ort. Auf die Hilferufe einer Frau wurden hinzueilende Arbeiter von den SA-Schlägern mit Gummiknüppel, Stahlrute und Revolver empfangen. Und heute sitzen diese überfallenen Arbeiter auf der Anklagebank. Der Gerichtsvorsitzende Koch greift die SA-Leute während der Verhandlung wie sanfte Lämmer an, und man hat den Eindruck, daß das Gericht einfach keine erhebliche Straftat bei den SA-Strolchen entdecken kann. Dabei hat man gerade von den Gottleubaer Nazis schon eine ganze Reihe solcher Terrorakte erlebt. Wir erinnern an die unglaublichen Zustände, die in der Gottleubaer Heilstätte herrschten. Hier waren es ebenfalls „Erneuerer", die nervenkranke Arbeiter terrorisierten und anpöbelten, ohne daß die Anstaltsdirektion im Interesse der Kranken eingegriffen hätte.

Der Prozeß nimmt einen [illegible] Verlauf, und es stellen sich immer neue belastende Momente für die Nationalsozialisten heraus. **Ganz offensichtlich versucht das Gericht den Eindruck zu erwecken, als seien diese Belastungszeugen der schießenden SA-Banditen unglaubwürdig.** Hingegen werden Nazizeugen vom Vorsitzenden außerordentlich wohlwollend behandelt. Zum Beispiel bekundet der Zeuge Kempf, der die Verletzten verbunden hat, daß außer schweren Schußverletzungen auch andere Mißhandlungen an den angeklagten Antifaschisten K. und H. Rietschel festgestellt wurden. Das Gericht jedoch verschließt sich diesen Tatsachen. **Fest steht aber, daß die SA-Strolche vom Kirchberg herunter bewaffnet auf die Antifaschisten einstürmten.** Des Schießens schwer verdächtig erscheinen die SA-Männer W. Gäbler und Horn. Bezeichnend ist die Vernehmungsmethode, die sich zwei Polizeibeamte, welche die Nationalsozialisten belasteten, gefallen lassen mußten. Der abgeschlossenen mangelhaften Untersuchung schloß sich eine Besichtigung des Tatortes an. Das Plädoyer des als nazifreundlich bekannten Staatsanwaltes Hartmann ließ nichts anderes erwarten, als eine ungenügend begründete Verurteilung der angeklagten Arbeiter. Die Nationalsozialisten behandelte derselbe Staatsanwalt mit einer rührenden Buttermilchrede. **Von Revolverschüssen und Gummiknüppelhieben war in der Rede des Staatsanwaltes nichts zu spüren.** Trotzdem die Nazis W. Gäbler und Horn von fünf glaubhaften Zeugen schwer belastet dastanden, brachte es dieser Staatsanwalt fertig, diese Hauptbelasteten als „unschuldig" hinzustellen. Rechtsanwalt Dr. Helm, der Verteidiger der Antifaschisten geißelte das ganze Gerichtsverfahren treffend und hob noch einmal alle schwerwiegenden Momente gegen die Nationalsozialisten wirksam hervor. Der Rechtsanwalt der Nationalsozialisten plauderte lächelnd noch, was der Staatsanwalt schon vorher tat. **Wenn nicht sofort ein Presseverbot erfolgte, würden wir unsere gemachten Feststellungen noch bedeutend schärfer formulieren.**

Das Gericht kam zu folgendem unglaublichen Urteil. **Die angeklagten Antifaschisten erhielten insgesamt wegen Mißbrauchs des Waffengesetzes 50 Monate Gefängnis. Dabei ist besonders unerhört, daß der durch Lungenstecksch[illegible] schwerverletzte Antifaschist H. Rietschel 4 Monate und ebenso der schwerverletzte K. Rietschel 4 Monate Gefängnis erhielten. Weitere zehn Genossen und zwei Reichsbannerarbeiter erhielten je 3 Monate Gefängnis. Zwei Arbeiter wurden freigesprochen. Der Reichsbannermann R. Schäfer wurde zur höchsten Strafe, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.**

Von den angeklagten Nationalsozialisten wurden 4 Mann zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt und drei freigesprochen. Unter den Freigesprochenen befindet sich auch der schwerbelastete SA-Mann Horn (!).

Dieses unglaubliche Urteil gegen die Gottleubaer Arbeiter muß unter den klassenbewußten Proleten einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Genossen, wir müssen fest in roter Einheitsfront zusammenstehen, um solche Anschläge der herrschenden Klasse auf die Freiheit unserer Genossen erfolgreich zurückschlagen zu können.

„Einheitsfront — mit wem?"

Durchsichtige Hetze der „Dresdner Volkszeitung". Werft dieses Lügenblatt aus eurer Wohnung. Lest und abonniert die Arbeiterstimme!

Unter obiger Ueberschrift bringt die „Dresdner Volkszeitung" vom Freitag ein Bild, auf dem, mit der Sammelbüchse bewaffnet, Proleten des Kampfbundes abgebildet sind. Gleichzeitig sind Faschisten zu sehen, die ebenfalls sammeln. Dazu schreibt die Redaktion der „Dresdner Volkszeitung":

„So, Schulter an Schulter, schwangen in Dresden, in Berlin, in Leipzig und anderwärts SA-Leute und klassenbewußte Kommunisten den Klingelbeutel. In Dresden konnte man sie am Gambrinus, am Pirnaischen Platz, an der Wallstraße zur Mahlzeit betteln sehen und klappern hören. — Sie schnorren vereint und krakeelen vereint, sie haben beide nur einen Feind: die Sozialdemokratie."

Bild und Text sollen bei dem Leser den Eindruck erwecken, daß hier Nazis und Antifaschisten gemeinsam in eine Kasse sammeln. Die erbärmliche Gesellschaft, die nur von Arbeiterverrat lebt, die den Kapitalisten durch Streikbruch die Durchführung des Lohn- und Gehaltsraubes ermöglicht, die durch ihre Kreis- und Amtshauptleute den Unterstützungsraub durchführen, lebt nur von der Lüge und dem Betrug. Sie haben nicht nötig, sammeln zu gehen. Die SPD benutzt die Gewerkschaftskassen, zu denen die Arbeiter die Beiträge aufbringen, für die Führung des Wahlkampfes für die Liste der SPD.

Die KPD ist nur auf die freiwillige Solidarität der Arbeiter angewiesen.

Diese war allerdings erfreulicherweise sehr stark. Ein Beweis dafür, daß die Arbeiter in immer wachsendem Maße erkennen, daß nur die KPD die Führerin im Kampfe um die Befreiung des Proletariats ist.

Diese Opferbereitschaft der Arbeiter liegt den SPD-Bonzen schwer im Magen.

Die Arbeiter aber sollten gerade an dem Wutgeheul der „Dresdner Volkszeitung" erkennen, daß es nun erst recht gilt, alle Kraft einzusetzen für die Unterstützung der revolutionären Partei, der KPD, und der revolutionären Presse.

Bei der Werbung für die Arbeiterstimme

werden sie das erneut beweisen. Jetzt gilt es, den Arbeitern zu beweisen, daß sie die Zeitung der Regierungsräte, der Polizeipräsidenten, der Streikbruchbürokratie, die „Dresdner Volkszeitung", aus ihrem Hause werfen müssen. **Steigert in den nächsten Tagen das Werbeaufgebot für die einzige revolutionäre Tageszeitung aller Werktätigen, für die „Arbeiterstimme"!**

Dr. Friedrich Wolf spricht!

Der „Zyankali"-Dichter, Dr. Friedrich Wolf, der vor wenigen Tagen aus Moskau zurückgekehrt ist, spricht trotz des Burgfriedens morgen (Dienstag, 22. November), 20 Uhr, im Kristallpalast, Schäferstraße an Hand von Lichtbildern über Nacktkultur, Liebes- und Eheleben, Geburtenregelung, Giftmischerei oder Naturheilbehandlung. Dr. Friedrich Wolf gehört zu den bedeutsamsten Bahnbrechern der modernen diätetisch-physikalischen Heilweise, die durch die Staatsmedizin viele Jahrzehnte totgeschwiegen worden ist, und auch heute noch bekämpft wird, obwohl sie sich in der Bekämpfung von Tuberkulose und Krebs bewiesen hat. In seinem umfangreichen, mit dichterischem Schwunge geschriebenen volkstümlichen Buch „Die Natur als Arzt und Helfer" ist es ihm gelungen, breite Kreise des arbeitenden Volkes mit den Grundgedanken einer naturgemäßen Lebens- und Heilweise bekannt zu machen. Aber auch in seinen ärztlichen Publikationen hat Dr. Friedrich Wolf mit Bestimmtheit erklärt, daß der Kampf um die soziale Fürsorge und die Hygiene nicht bloß ein ärztlicher und wissenschaftlicher Kampf ist, sondern ein politischer Standpunkt, ein Kampf der Gesinnung. Immer wieder hat er das kapitalistische Wohnungselend, die spießbürgerliche Moral auf dem Gebiet der Erziehung und des Geschlechtslebens, die mittelalterliche Ehegesetzgebung und den Abtreibungsparagraphen, dem jährlich hunderttausende geopfert werden, gegeißelt und die Herrschaft der Industrie über die Gesundheit der Menschen an den Pranger gestellt. Eintrittskarten 50 Pfennig, Erwerbslose 25 Pfennig. Karten im Sporthaus Fuhrmann, Georgplatz 12, Reformhaus Marienstraße 13, Internationale Arbeiterhilfe, Ostra-Allee 22, und an der Abendkasse. Einlaß 19 Uhr.

Ein Schlag gegen die Schofföre

Arbeitslosen Schoffören soll der Führerschein entzogen werden

Der deutsche Amtsbürokratismus fühlt sich nicht wohl, wenn er nicht fortwährend neue Gesetze, neue Verfügungen, neue Ausführungsbestimmungen herausgeben kann. Mit ganz besonderer Feinfühligkeit kann man das auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge feststellen. Nicht nur, daß man fortwährend die Unterstützung abbaut, nicht nur, daß man nach und nach selbst die kleinsten Vergünstigungen den Erwerbslosen entzieht, nein — man erläßt noch eine Menge von Bestimmungen, die den Erwerbslosen noch mehr das Leben vergällen und verbittern sollen, als das schon ohnehin durch das Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß geschehen ist. Manche solcher Maßnahmen tragen sogar, so paradox das klingen mag, offen den Charakter, den Erwerbslosen die Wiederaufnahme einer Arbeit zu erschweren.

Um eine solche handelt es sich bei einer Bestimmung, die vor allem die Taxischofföre betrifft.

In den Schreibstuben der Wohlfahrtsämter ist plötzlich festgestellt worden, daß arbeitslose Kraftfahrer keinen Führerschein besitzen dürfen. Die Zweigstelle Britz des Neukölln[illegible] Bezirksamtes hat vor wenigen Tagen einen seit längerer Zeit arbeitslosen Schofför aufgefordert, seinen Führerschein abzuliefern, als der Erwerbslose einen Unterstützungsantrag stellte. Der betreffende Wohlfahrtsbeamte erklärte dem ehemaligen Taxischofför, daß die Auszahlung seiner wöchentlich 12 Mark betragenden Unterstützung von dem Einzug seines Führerscheines abhängig ist. Da der Schofför eine Familie zu versorgen hat, und darum auf diese 12 Mark angewiesen ist, blieb ihm natürlich nichts anderes übrig, als diesem unerhörten Ansinnen der Behörde nachzukommen.

Er bekam dafür eine Quittung

Durch diesen Schritt beraubt die Wohlfahrtsbehörde dem Schofför aller Möglichkeiten, Aushilfsarbeit oder eine neue Stellung anzunehmen. Denn die Quittung über die sogenannte Hinterlegung kann den arbeitsuchenden Schofför nicht für den Führerschein entschädigen, weil sie ihn keineswegs zum Führen eines Wagens berechtigt.

Sollte nun der arbeitslose Schofför die seltene Aussicht haben, irgendwo als Taxischofför angestellt werden zu können, und das Wohlfahrtsamt ist an dem Tage, an dem er sich vorstellen soll, geschlossen — so ist die Stellung futsch. Denn ein Unternehmer, der eine Stellung vergeben will, hat es heute nicht nötig, einen Mann zu engagieren, der nicht einmal seine Zeugnisse und Papiere vorlegen kann.

Und schließlich ist ein Führerschein ebenfalls eine Art Zeugnis.

Zukünftig sollen alle arbeitslosen und der Wohlfahrt zugewiesenen Schofförre ebenso behandelt werden. Ihnen werden nach und nach ausnahmslos die Führerscheine, die ihr Privateigentum sind, und die keine Behörde bezahlt hat, entzogen. Wahrscheinlich fürchtet man in den Amtsstuben, daß der Besitz des Führerscheines dem Arbeitslosen die Möglichkeit der Schwarzarbeit gibt, und daß ihm darum möglicherweise fünf Groschen zuviel ausgezahlt werden könnten. Zu dem Zweck, dies zu verhindern, wurde eben diese Verfügung ausgearbeitet.

Solche schikanöse Maßnahmen büßen die Schofförre, auch die noch in Arbeit stehenden, nicht ruhig hinnehmen. Auch sie können morgen schon in die Lage kommen, den Führerschein mit der Stempelkarte vertauschen zu müssen. „Wir sind doch aber in Sachsen", werden viele sagen. Nur gemach! Heute Preußen — morgen Sachsen!

Ihr Taxischofförre, ihr Kraftwagenführer dürft nicht so lange warten, bis auch die sächsischen Wohlfahrtsbehörden solche Maßnahmen erlassen. Schon heute müßt ihr mitkämpfen in der Antifaschistischen Aktion, unter Führung der Kommunistischen Partei. Lest und abonniert die „Arbeiterstimme", das einzige Organ, das die Oeffentlichkeit gegen alle Maßnahmen der herrschenden Klasse mobilisiert.

Verfallende Pfänder

Die im März 1932 aufgenommenen, Ende Juni 1932 fällig gewesenen Pfanddarlehn sind bis 1. Dezemb. 1932 zurückzuzahlen oder die Pfandverträge zu verlängern, sonst werden die Pfänder vom 12. Dezember an versteigert.

Leihamt der Stadt Dresden, am 17. November 1932.

Der Freitaler Ermittierungsprozeß

Der Prozeß gegen die 22 Freitaler Arbeiter nimmt seinen weiteren Verlauf. Die Angeklagten äußern sich zur Tat. Immer wieder ist festzustellen, daß die Freitaler Arbeiter mit der Maßnahme des Freitaler sozialdemokratischen Bürgermeisters Klimpel nicht einverstanden waren. Auf der Anklagebank liegt ein zerrissenes Transparent, daß die Demonstranten während der Demonstration gegen die erfolgte Ermittierung mit sich führten. Auf dem Transparent standen die Worte: **Ermittiert durch die SPD-Polizei!** (Zur Zeit der Protestaktion herrschte kein Demonstrationsverbot!) Sehr interessant ist die Art der Verhandlungsführung. So erhält beispielsweise der Polizeiwachtmeister Grübler, der die Arbeiter schwer belastet, mehr als ein Lob vom Vorsitzenden, wegen seines „energischen Vorgehens gegen die Arbeiter". Andere Polizeibeamte, die nicht so schwerbelastend aussagen, stellt der Gerichtsvorsitzende als beinahe „schlapp" hin. Wenn die Angeklagten selbst zur Sache sprechen wollen, passiert es nicht selten, daß ihnen von demselben Vorsitzenden das Wort entzogen wird. Darüber sieht man jedenfalls entschieden hinweg, daß verschiedene Angeklagte auf der Wache von der Freitaler Polizei, im Amtsbereich SPD-Klimpels unmenschlich geschlagen wurden. Wir werden über den Schlußverlauf der Verhandlung und über das Urteil berichten. Aber schon jetzt ist es notwendig, zu diesem Freitaler Prozeß Stellung zu nehmen, denn hier **gilt es den Auswirkungen des schleichenden Giftes der Ermittierung in roter Einheitsfront wirksam entgegenzutreten.**

7 Selbstmorde und -versuche an einem Tage

Am Sonnabendvormittag wurde ein 42jähriger Kistenbauer in seiner Wohnung, Marcolinistraße 2, gasvergiftet, tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord aus Schwermut vor.

Gestern hat sich gegen 13.30 Uhr ein 58 Jahre alter Schlosser in einem Schuppen seines Grundstückes, Nietzstraße 33, erhängt. Grund: „Unheilbare" Krankheit.

Am Sonnabendmittag versuchte ein 30jähriger Fürsorgeempfänger von der Mittelstraße 3 sich in selbstmörderischer Absicht mit Gas zu vergiften. Sauerstoffzuführung war von Erfolg begleitet. Grund: Wirtschaftliche Not.

Auf der Hansastraße 60 hat ein 27jähriger Kraftwagenführer versucht, sich mit Gas zu vergiften. Sauerstoffzuführung war erfolgreich.

Selbstmordversuch oder Unglücksfall?

Am Sonnabend wurde auf der Weißeritzstraße in einem Hinterraum eines Schokoladengeschäfts die Inhaberin bewußtlos aufgefunden. Der Gashahn war geöffnet. Es soll angeblich Unglücksfall vorliegen. Durch Sauerstoff wurde sie ins Leben zurückgerufen.

Der Tod im Hotel!

In einem hiesigen Hotel fanden Angestellte am Sonnabendvormittag in einem Fremdenzimmer ein junges, gutgekleidetes Mädchen, mit einer Schußwunde in der Schläfe und einem Rosenstrauß im Arm tot auf. Daneben auf dem Sofa lag ein Mann, der ebenfalls einen Kopfschuß hatte. Die Polizei konnte die Personalien noch nicht einwandfrei feststellen. Das Paar war aus München zugereist.

Diese ungeheure Häufung der Selbstmordziffern zeigt die katastrophale Lage der Werktätigen in Dresden. Sie wird durch die Kürzungen der Löhne und Gehälter noch rapid verschlechtert.

Diese Selbstmorde sind eine grausige Symphonie auf die Totengedenkfeiern am gestrigen Totensonntag. Was ist das für ein System, in dem im Vollbesitz ihrer Kräfte stehende Menschen den Tod dem Leben vorziehen? Dieweil hier verzweifelte Menschen im Selbstmord den Ausweg suchen, streben die Nazis mit aller Macht danach, Ministersessel zu erhalten. Warum? Etwa um die Lage der Werktätigen zu verbessern, nein; um dieses System, in dem vielen Werktätigen der Selbstmord als Ausweg erscheint, zu stützen und zu unterstützen gegen den Ansturm der Arbeiter.

Macht Schluß mit diesen Gestalten des Systems. Reiht euch ein zum Kampf um eine bessere, um die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Das Jungproletariat in Antifaschistischer Aktion!

Gegen Arbeitsdienst, gegen Militarisierung, gegen imperialistischen Krieg!

Wahlrechtsraub wird durchgeführt

Arbeitsdienstler erkämpfen sich Wahlrecht

Die Papen, Hitler und Wels sehen mit Furcht und Angst hunderttausende Jungwerktätige in der proletarischen, revolutionären Klassenfront marschieren.

Die Stützen der kapitalistischen Herrschaft, Sozialdemokratie und Nazi, verlieren Hunderttausende ihrer jungen Wähler.

Der revolutionäre Aufschwung reißt die proletarische Jugend mit in die Kampffront gegen die faschistische Diktatur. Aus diesen Tatsachen geboren, hat der Innenminister v. Gayl den Wahlrechtsraub für Millionen Jungwähler angekündigt. Diese Ankündigung hat ihren Niederschlag in Sachsen bei den Arbeitsdienstlern jetzt gefunden.

Folgender Verordnung wurde vom sächsischen Ministerium zugestimmt:

„Arbeitsdienstwillige sind weder wahlberechtigt noch wählbar.

Der Bürgerverein Sohland hatte bei der Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen angefragt, ob Arbeitsdienstwillige bei den kommenden Gemeindewahlen wahlberechtigt seien. Die Kreishauptmannschaft hat daraufhin der Gemeinde mitgeteilt, daß der Bezirkskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst im Bezirk des Landesarbeitsamtes Sachsen den Standpunkt vertrete, daß die Arbeitsdienstfreiwilligen bei den Gemeindeverordnetenwahlen weder wahlberechtigt noch wählbar seien. Das Innenministerium sei dieser Auffassung beigetreten."

Damit soll der erste praktische Schritt zur Durchführung der Pläne der Papen und Gayl gegangen werden.

Die proletarische Jugend, die gegen das bestehende System rebelliert, soll politisch völlig entrechtet werden. Wahlrechtsraub bedeutet einen weiteren Schritt zur Verschärfung der faschistischen Diktatur. Deshalb muß die revolutionäre Jugend den Kampf gegen Wahlrechtsraub führen.

Nicht für die Weimarer Verfassung, mit der erst die faschistische Herrschaft ermöglicht wurde, **sondern Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, wo jeder junge Schaffende vom 18. Lebensjahr das Wahlrecht hat und den Ausbeutern das Wahlrecht genommen wird.** Dafür gilt es zu kämpfen.

Im Kampf um Arbeit u. Brot, gegen Wahlrechtsraub

Im Crimmitschauer Arbeitslager sollte der Wahlrechtsraub durchgeführt werden. Daraufhin nahmen die jungen Arbeitsdienstler dagegen den Kampf auf.

Am Sonnabend vor der Wahl wählte die Belegschaft einen Kampfausschuß, der sofort die Verhandlungen mit dem Bürgermeister aufnehmen sollte und im Falle der Nichtdurchführung der Forderungen erklärte sich die gesamte Belegschaft bereit, in den Streik zu treten.

Kampfforderungen

der Arbeitsdienstler von der Hainstraße und Eberthalle.

1. **Rückgängigmachung der Bestimmungen des Wahlrechtsraubes der Arbeitsdienstler.**
2. **Zurücksetzung der Entlohnung auf die früheren Sätze: Pro Woche 5 Mark. Extra-Auszahlung in 4 Wochen 16 Mark.**
3. **Berufliche Kleidung und für den Winter feste Stiefel.**
4. **Jede Woche ein kostenloses Bad für die Arbeitsdienstler (im Stadtbad).**
5. **Zum Frühstück pro Mann 1 Liter Kaffee.**

Dieser Kampfbeschluß erzwang vom Bürgermeister das Wahlrecht für die Arbeitsdienstler.

Diese erfolgreiche Einheitsfrontaktion rief die helle Kampfbegeisterung bei den Arbeitsdienstlern hervor. Jungbannerkameraden, Jungstahlhelmer, parteilose und revolutionäre Jungarbeiter standen in einer Front.

Neben die wirtschaftlichen Kampfforderungen werden die Verhandlungen noch mit dem Bürgermeister weitergeführt.

Sofort wurde der gesamte Staatsapparat gegen die kämpfenden Arbeitsdienstler in Bewegung gesetzt, mit Hilfe des städtischen Bauausschusses und der Baupolizei erfolgte die Maßregelung der Jugendkollegen aus dem Kampfausschuß, der sich aus zwei Jungbannerkameraden, einem Jungstahlhelmer, einem parteilosen und drei revolutionären Jungarbeitern zusammensetzte.

Der erfolgreiche Kampf gegen den Wahlrechtsraub muß weitergeführt werden gegen die Maßregelung der Jugendkollegen vom Kampfausschuß und ihre Wiedereinstellung, für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen.

Vorwärts, Arbeitsdienstler, in Einheitsfrontaktion zum Sieg!

Was muß die gesamte Arbeiterjugend mit den Arbeitsdienstlern daraus lernen?

Die faschistische Kapitalsdiktatur will mit dem Wahlrechtsraub, der politischen und wirtschaftlichen Versklavung der werktätigen Jugend, den Weg für den kapitalistischen Ausweg, für den imperialistischen Krieg frei machen.

Von der NSDAP, der HJ bis zur SPD und SAJ wurde der Arbeitsdienst der Papen-Regierung durchgeführt als Mittel der politischen und wirtschaftlichen Knebelung der arbeitenden Jugend. Diese Parteien können nicht gegen Wahlrechtsraub und imperialistischen Krieg kämpfen.

Lernt von Crimmitschau!

Nur unter revolutionärer Führung, in fester Einheitsfront schlagen wir die Angriffe der faschistischen Kapitalsdiktatur zurück.

Jeder Versuch, den Wahlrechtsraub durchzuführen, muß die Arbeiterjugend in Einheitsfrontaktion zum Sieg über die Wahlrechtsräuber führen.

Antwortet auf Wahlrechtsraub mit dem Massenstreik.

Proletarische Jugend, setze dich zur Wehr!

Schließt die rote Einheit!

Zwei SAJler kommen zum KJVD

Wir veröffentlichen nachstehend die Erklärung zum Uebertritt zweier SAJler zum KJVD:

„Lange Zeit standen wir in den Reihen der SAJ. Wir glaubten, daß diese Organisation wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten würde. Enttäuscht wenden wir uns von dieser Organisation des Verrats an der Arbeiterjugend und erklären den Eintritt in die einzige revolutionäre Jugendorganisation, den KJVD.

Wir können es als ehrliche Jungarbeiter nicht länger dulden, in einer Organisation zu stehen, deren Führung den Arbeitsdienst und die Rekrutenausbildung organisiert. Das Jungbanner beteiligt sich gemeinsam mit allen faschistischen Jugendorganisationen, bis zum Jungstahlhelm, am Reichskuratorium für „Jugendertüchtigung".

In Vermsdorf steht das Arbeitsdienstlager unter Führung der SAJ. Und zur letzten Bezirkskonferenz wurde ein Beschluß „gegen den Arbeitsdienst" gefaßt. In der Jungwählerversammlung der SAJ am 23. Juli erklärte der 2. Vorsitzende der SAJ: „Die neue Arbeitsdienstverordnung (der Papen-Regierung) ist absolut für uns anwendbar und in unserem Sinne brauchbar."

Damit entlarvt sich jener Beschluß „gegen den Arbeitsdienst" als ein Manöver zur Irreführung der proletarischen Mitglieder der SAJ.

Die Streikwelle der letzten Monate überzeugte uns vollständig durch den dauernden Versuch der SAJ, SPD und der freien Gewerkschaften, die Streiks abzuwürgen, daß jene Organisationen nicht für die Interessen der Arbeiterjugend kämpfen.

Nur der KJVD und die KPD führen einen Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau. Einzig und allein der KJVD kämpft gegen Arbeitsdienst und Rekrutenausbildung!

Wir wenden uns von dieser Organisation des Arbeiterjugendverrats und kommen zur einzigen sozialistischen Jugendorganisation, dem KJVD! Wir rufen allen SAJlern und Jungbannerkameraden, welche ein Interesse an der einheitlichen Kampffront der Arbeiterjugend haben, zu: Kämpft mit den Jungkommunisten Schulter an Schulter! Einig und geschlossen ist die Arbeiterjugend eine unbesiegbare Macht!

Erich Werschnik, Gretel Bergt, Ebersdorf."

•

Das ist der einzig mögliche revolutionäre Weg, den die Jungarbeiter gehen müssen! Wenn die Kommunistische Jugend — in Verbindung mit der RGO und Partei — stärker noch wie bisher verstehen wird, führend in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter zu marschieren, dann wird sich das Tempo der Formierung der roten Einheitsfront beschleunigen.

Reichskuratorium — Militarisierung der Jugend

Schon seit jeher betrachtet die Bourgeoisie die körperliche Ertüchtigung nur vom Gesichtspunkt des Militarismus aus.

Nachdem eine Reihe kapitalistischer Staaten, u. a. die Tschechoslowakei die vormilitärische Erziehung der Jugend eingeführt hatte, erscholl auch seitens der deutschen Regierung der immer stärker werdende Ruf nach „sittlicher Erneuerung" der jungen Generation.

Der Anfang wurde mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst gemacht. Neben der körperlichen Ausbeutung, bei Hundelöhnen, trotz schwerster Arbeit, jeder unglimpflichen Witterung ausgesetzt, werden die Jugendlichen noch vermittels der Leibesübungen körperlich ertüchtigt.

Wir Jungkommunisten eröffnen den schärfsten Kampf und zahlreiche Streiks bewiesen zur Genüge die „Freiwilligkeit" der am FAD Beteiligten.

Doch damit nicht genug. Mit Schippe und Hacke kann man heute keinen Krieg führen. Der Erlaß der Papen-Regierung zur Errichtung eines „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung" zur Pflege des Geländespiels fand die begeisterte Aufnahme in der kapitalistischen Presse.

Die Kommunisten, die einen klaren Kampf gegen jede chauvinistische Beeinflussung der Jugend führen, wurden von vornherein ausgeschaltet.

Der wahre Charakter kann aber nicht besser enthüllt werden, wie dies in einem Artikel der „LVN" vom 13. Nov. 1932 geschieht.

„Der stramme, exakte, militärische Drill findet seine Ergänzung in den beim Militär „so beliebten" Ausdrücken, „Betten bauen, Essen fassen, zum Appell antreten".

„Stramm stehen beim Sprechen mit einem Vorgesetzten."

Wörtlich sagt der Artikelschreiber:

„Dazu kam Hinwerfen und Aufstehen mit Gewehr, schließlich das Kleinkaliberschießen auf 50 Meter, das selbstverständlich dem meisten Spaß machte.

Nachtmärsche und Orientierungsübungen, Entfernungsschätzen und ähnliche Dinge mehr."

In dieser Weise werden noch eine Reihe von Tatsachen berichtet, die eine würdige Ergänzung ergeben.

Der Zweck ist offensichtlich. Die Jugend soll militarisiert werden. Es ist kein Zufall, daß ein „höherer Schüler" diesen Artikel schrieb.

Die treuesten Helfer findet die Bourgeoisie auch hier wiederum in der SPD-Bürokratie. Oder ist es ein Zufall, wenn ein Polizeipräsident Fleißner uns verbietet, in unseren Jugendkundgebungen zu sagen, das Reichskuratorium dient dem Zwecke der Militarisierung.

Das ist kein Zufall. Das ist die konsequente Fortsetzung der Kriegspolitik der SPD von 1914.

Die SPD steht somit, wie in ihrer gesamten Politik, auf seiten des kriegslüsternen Kapitalismus.

Die Arbeiterjugend wird diesen Schandstreich zunichte machen, indem sie sich einreiht in den KJVD und gemeinsam mit ihm den Kampf gegen den Militarismus aufnimmt.

Getreu der Losung Karl Liebknechts: „Der Feind steht im eigenen Lande", wird das Jungproletariat im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen die Waffen so zu führen wissen, daß es der Bourgeoisie für immer vergehen wird, junge Arbeiter in den Krieg zu hetzen.

Nur Kampf bringt Erfolg

So kämpfen Jugend-Vertreter der KPD in den Gemeinden für den Interessen der Jungarbeiter

In verstärktem Maße versucht jetzt die Bourgeoisie den Jugendlichen in den Arbeitsdienstlagern den Lohn abzubauen. Ja, man geht noch weiter und rechnet ihnen die Zeit nicht an, wenn sie durch Regenwetter die Arbeit nicht aufnehmen können. Aber gleichzeitig zeigt sich auch, daß die Jugendlichen in den Arbeitsdienstlagern, die für Hungerpfennige arbeiten müssen, den Widerstand gegen die Abbaumaßnahmen organisieren und führen.

Hier vertritt der werktätigen Jugend in der Gemeinde Plauen hilft und zeigt aber auch gleichzeitig den Jugendlichen im außerparlamentarischen Kampfe den Weg für die Erkämpfung ihrer Forderungen.

Hier ein praktisches Beispiel

Am Dienstag, dem 1. November, kommt ein Jungarbeiter zur Uhr des KJVD Plauen und erzählte, daß sie die Baustelle der Straßenbahn Gorga verlassen haben, weil sie durch das Regenwetter die Arbeit nicht aufnehmen konnten. Der Baumeister, der Geschäftsführer der Firmen dieser Arbeitsstelle ist, erklärte aber den Jungarbeitern, daß sie den Ausfall dieser Stunden nicht bezahlt bekommen. Daraufhin entstand eine allgemeine Meuterei.

Unser Jugendverband in Plauen, an der Spitze der Jugendvertreter der Kommunisten im Parlament in Plauen, gingen sofort an die Organisierung einer Versammlung dieser Arbeitsstelle heran.

In dieser Versammlung wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. **Bezahlung der Regenstunden und des ausgefallenen Tages (Montag).**
2. **Kostenlose Lieferung von Stiefeln und Hosen.**

Es wurde eine Delegation von 6 Mann gebildet, die diese Forderungen dem Stadtbaurat vorlegen sollte und bei Ablehnung dieser Forderungen durch den Stadtbaurat sofort in den Streik zu treten.

Für diese Forderungen mobilisierte der Kommunistische Jugendverband mit dem Jugendvertreter gleichzeitig die anderen Jungarbeiter der Arbeitsstellen in Plauen, um die Kampffront zu verbreitern und somit die beste Unterstützung des Streikes in Gorga zu garantieren. Es wurde dann eine Delegation von insgesamt 13 Jugendlichen zusammengestellt, die mit dem Jugendvertreter der Kommunisten zum Stadtbaurat rückten. **Die Verhandlung ergab, daß Regenstunden und der ausfallende Lohntag bezahlt wurden, da** ja die Freiwilligen nicht auf Stundenlohn, sondern gegen Tagesentlohnung eingestellt sind.

Als diese Delegation zum zweiten Male zum Stadtbaurat kam, **wurden die Forderungen auf Stiefel und Hosen schriftlich ausgehändigt. Die Jungarbeiter und unser Jugendvertreter werden sich damit nicht begnügen, sondern den Kampf weiterführen für die praktische Durchführung dieser Forderungen.**

In einer anderen Versammlung, in der glänzende Stimmung unter den Jugendlichen war, versuchten Funktionäre des Reichsbanners die Kampfstimmung der Jungarbeiter zu unterdrücken, was ihnen allerdings nicht gelungen ist.

Wir führten als Jungkommunisten und RGO-Jugend den Kampf um Tariflohn, aber das ermöglichen, heißt den Arbeitsdienst zerschlagen, und deshalb bedeutet der Kampf um die kleinsten Teilforderungen der einzigste Ausweg, wo die Jugendlichen Kampferfahrungen sammeln lernen, um Tariflohn durch Streik zu erkämpfen.

Jede revolutionäre Bewegung, jede Protestaktion, jeder Streik im Arbeitsdienstlager führt zu größerer Kampferfahrung, zur Steigerung des Kampfmutes der Jugend, um die große Schlacht, den entscheidenden Endkampf um Arbeit, Brot und Freiheit siegreich bestehen zu können.

Aus diesem Beispiel sollen nicht nur die Arbeitsdienstwilligen lernen, sondern vor allem auch unsere Jungkommunisten, denn das ist außerparlamentarischer Kampf um die Forderungen und der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterjugend.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Antifaschistische Jugend, heraus zur Presseoffensive! — Verbunden mit der Werbearbeit für den KJVD, für die Partei, für die RGO und für die Massenorganisationen muß die Massenwerbung für unsere Presse geführt werden!

Unsere Presse ist eine entscheidende Waffe in den kommenden Kämpfen!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

RGO

Die Dresdner Volkszeitung schreibt:

„Jeder Streik gegen Notverordnungslohnabbau ist von Uebel"

Die SPD als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie betrachtet den Kampf gegen KPD und RGO als ihre zentrale Aufgabe
Wirft die SPD-Presse aus den Arbeiterwohnungen hinaus. Abonniert die Zeitung der Werktätigen, die „Arbeiterstimme"!

Nachdem die Dresdner Volkszeitung über die von uns ausführlich berichteten Forderungen der sächsischen Industriellen, nach dem Verbot der RGO und einem generellen Streikverbot, anfangs geschwiegen hat, brachte sie am Freitag eine Notiz unter der Ueberschrift: „Raub des Streikrechts". Dort schildert sie kurz die Unternehmerpläne. Dann legt das SPD-Blatt los. Aber nicht etwa gegen die sächsischen Industriellen, nein, gegen die RGO. Da heißt es:

„Was wir von dem Verhalten der Kommunisten und der RGO-Leute zu sagen haben, haben wir schon oft genug gesagt. Sogenannte wilde Streiks sind schon deswegen von Uebel, weil sie in der Regel mit einer schweren Niederlage der Arbeiterschaft enden".

Erstens ist die Behauptung, daß sogenannte wilde Streiks in der Regel mit einer Niederlage endeten, eine plumpe Lüge, die durch Hunderte von der RGO siegreich geführten Streiks widerlegt ist. Nur dort, wo es den Gewerkschaftsführern gelang, einen Teil der organisierten Arbeiter zum Streikbruch zu verleiten, endeten die Kämpfe mit Mißerfolgen.

Zweitens ist die Feststellung der Volkszeitung, daß die SPD- und Gewerkschaftsführer gegen jeden „wilden" Streik sind, das offene Eingeständnis, daß sie bei der Durchführung des notverordneten Lohnraubes tatkräftig mithelfen. Der Lohnabbau kann nur im Streik abgewehrt werden, aber jeder Kampf gegen den Notverordnungslohnabbau ist ein sogenannter „wilder Streik". In der Verordnung vom 3. Oktober heißt es:

„Kampfmaßnahmen einer Tarifvertragspartei gegen die Durchführung der Verordnung durch eine andere Tarifvertragspartei oder eines ihrer Mitglieder gelten als Verletzung des Tarifvertrages."

Das Chemnitzer Tageblatt bemerkte dazu:

„Dadurch wurde für die Textilindustrie nun zwar der Deutsche Textilarbeiterverband durch die Friedenspflicht gebunden, nicht aber die politischen Organisationen der KPD, wie die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition oder der Rote Textilarbeiterverband.

Diesen und ihren Anhängern gegenüber versagt diese Verordnung; denn Schadenersatzklagen oder einstweilige Verfügungen sind ohne Erfolg, da ja jeder Streik als wirtschaftliches Kampfmittel erlaubt ist, eine Friedenspflicht für unorganisierte Arbeiter und nicht tariffähige Organisationen nicht besteht, und die Streikhetze von nicht zu ermittelnden Personen ausgeht."

Gerade deshalb, weil die Notverordnung, durch die jeder Streik gegen diesen Lohnabbau für „wild" erklärt wird, wirkungslos blieb, fordern doch die Unternehmer ein generelles Streikverbot. Wenn also die Volkszeitung erklärt, daß sie die „wilden" Streiks für ein „Uebel" hält dann bestätigt sie damit unsere Feststellung, daß

die SPD gegen jeden Kampf gegen den Lohnabbau ist und damit den Lohnraub aktiv unterstützt

Die sächsischen Unternehmer wußten schon, weshalb sie ausdrücklich feststellten, daß sich „die Gewerkschaften zurückgehalten" hätten.

In dem Artikel der Volkszeitung heißt es dann weiter:

„Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern zu vertreten. Nur mit ihrer Hilfe werden die Arbeiter mit Aussicht auf Erfolg ihre Rechte wahrnehmen können."

So etwas wagt dieselbe Dresdner Volkszeitung zu sagen, die z. B. den Streikbruch der Gewerkschaftsführer im Berliner Verkehrsstreik offen verteidigte, dieselbe Volkszeitung, die von den Dresdner Arbeitern ertappt wurde, wie sie den siegreichen RGO-Streik der Belegschaft Peuser in Lausa in einen Erfolg der Gewerkschaftsbürokraten umzulügen versuchte.

Die Volkszeitung schreibt dann noch:

„Aber was hier der Landesausschuß der Sächsischen Arbeitgeberverbände verlangt, ist geradezu eine Art neues Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterschaft. Wenn es einmal da ist, so wird es in der Praxis, wie wir unsere Gerichte kennen, nicht etwa nur (!) gegen die Kommunisten und die RGO, sondern auch gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre angewandt werden. Gegen eine derartige Beschränkung des Koalitions- und Streikrechts, wie sie hier gefordert wird, müssen sich alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen Richtung mit aller Entschiedenheit wenden."

Die Volkszeitung hätte also gar nichts gegen ein Verbot der RGO und Maßnahmen, die sich nur gegen kommunistische Funktionäre richten, einzuwenden. Sie nimmt nur gegen eine „derartige Beschränkung des Koalitions- und Streikrechts" Stellung. Weshalb die „Dresdner Volkszeitung" überhaupt gegen die Pläne der Industriellen Stellung nimmt, geht aus dem letzten Satz ihrer Notiz hervor. Der lautet:

„Den Kampf mit den RGO-Leuten soll man den Gewerkschaften überlassen; aber keine neuen Knebelungsgesetze gegen die Arbeiterschaft!"

So gesteht die SPD mit unverschämter Frechheit offen, daß sie es als die Hauptaufgabe der Gewerkschaften betrachtet, die RGO und die von ihr geführten siegreichen Streiks zu bekämpfen. Die SPD preist der Trustbourgeoisie die freien Gewerkschaften als die besten Bekämpfer des revolutionären Proletariats an. Sie sagt der Bourgeoisie:

Ueberlaßt den Kampf gegen die KPD und RGO, die die Arbeiter auf dem erfolgreichen Weg des proletarischen Klassenkampfes führen, der SPD und den Gewerkschaftsführern, denn das ist doch die Aufgabe, die wir als soziale Hauptstütze eurer Klassenherrschaft zu erfüllen haben.

Allen Arbeitern müssen diese ungeheuerlichen Tatsachen, die Eingeständnisse der SPD- und Unternehmerpresse, bekannt werden. Im Betrieb, auf der Stempelstelle, in jeder Gewerkschaftsversammlung und überall wo Arbeiter zusammenkommen, muß darüber gesprochen werden. Insbesondere bei den Vorarbeiten für die Ortsverwaltungswahlen gilt es den Arbeitern die wahre Rolle der Gewerkschaftsführer aufzuzeigen und die Bedeutung der RGO vor Augen zu führen.

Nun erst recht muß sich das gesamte Proletariat schützend vor die RGO stellen und alle Maßnahmen treffen, daß jedes Verbot wirkungslos bleiben muß.

Die sozialdemokratische Presse, die so schamlos den Lohnraub unterstützt und den Streikbruch verteidigt, hat in keinem Arbeiterhaushalt etwas zu suchen. Bereitet deshalb in allen Betrieben und Massenorganisationen die Werbewoche für die kommunistische Presse vor.

Die Industriegruppenzeitungen der RGO in die Hand aller Gewerkschaftskollegen!

So erscheinen:

Metallblock, Organ der Industriegruppe Metall.
Der Textil- und Bekleidungsarbeiter, Organ der Industriegruppe Textil, Bekleidungs- und Hutindustrie.
Der Fabrikarbeiter, Organ der Industriegruppe Chemie.
Pionier, Organ der Industriegruppe Bau.
Bollwerk, Organ der Industriegruppe Eisenbahn.
Kampfblock, Organ der Industriegruppe Gemeinde, Verkehr.
Post und Staat, Organ der Industriegruppe Post und Staat.
Tribüne, Organ der Industriegruppe der Nahrungsmittel-, Getränke- und Tabakarbeiter.
Der Lederindustriearbeiter.
Der Land- und Forstarbeiter.
Der Bergarbeiter.
Der rote Holzarbeiter.
Graphischer Block.
Rote Wacht, Organ der Industriegruppe der Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer.
Kampfstimme, Organ der Angestellten in Industrie, Handel und Banken.

Alle RGO-Industriegruppenzeitungen erscheinen zweimal monatlich mit Ausnahme von „Post und Staat", „Der rote Holzarbeiter", „Tribüne", „Kampfstimme". Jede Industriegruppenzeitung kostet 10 Pfennig.

Vor neuen Massenentlassungen in der Universelle

Organisiert unter Führung der RGO den Kampf gegen die Unternehmervorstöße

Von dem Dresdner Betrieb „Universelle" ist erneut ein Stillegungsantrag gestellt worden. Von den noch im Betrieb beschäftigten 800 Arbeitern sollen weiter 170 Arbeiter und 40 Angestellte entlassen werden. 5 Prozent der Belegschaft sind in diesen Tagen schon auf die Straße geflogen.

Die Belegschaft arbeitet mit stark verkürzter Arbeitszeit. Oft nur einen oder zwei Tage in der Woche. Ihr wöchentliches Einkommen ist kaum höher, als die Erwerbslosenunterstützung. Den Angestellten, die zum größten Teil noch voll beschäftigt sind, geht es auch nicht viel besser. Die Jugendlichen Angestellten erhalten im Monat ganze 90 Mark Gehalt. Da ist es kein Wunder, wenn sie sich oft **in der Woche nicht an einem einzigen Tage ein warmes Mittagessen leisten können.**

Die sozialdemokratischen Funktionäre lehnen zwar die Stillegungsanträge und neuen Massenentlassungen formell ab, aber sie nehmen gegen jede wirksame Kampfmaßnahme Stellung. Sie behaupten, mit einem Streik könne „bei der jetzigen Kurzarbeit gar nichts erreicht werden".

Dabei steht fest, daß die Unternehmer jeden Streik fürchten. In dem Artikel des Chemnitzer Tageblattes, in welchem die sächsischen Industriellen das Verbot eines jeden Streikes und der RGO fordern, wurde u. a. auch gesagt, daß:

„. . . bei der Größe der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Streiks große Gefahren mit sich bringen. . . ."

Doch nicht nur die Unternehmer gestehen ein, daß infolge der Wirtschaftskrise jeder Streik große Gefahren für die kapitalistische Klasse in sich birgt. Auch die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme" hat in einem Artikel vom 8. Oktober eingestanden.

„Der Streikkampf in der Krise, von dem es bis jetzt immer gedeihen hat, daß er nicht möglich sei, weil die große Zahl der Erwerbslosen einen Erfolg der Arbeitsverweigerung von vornherein unmöglich mache, hat sich als möglich erwiesen. . . Im Gegenteil, gerade der Druck der Krise ist es, der in Verbindung mit der Lohnabbaukonstruktion der Notverordnungen dem Streikkampf bestimmte Erleichterungen verschaffte."

Jeder Streik, auch in einem Betrieb, wo kurz gearbeitet wird, wirkt auf die Belegschaften der anderen Betriebe, wo ja dieselben Fragen stehen, anfeuernd. Ausgedehnte Kämpfe sind für die Kapitalisten heute die größte Gefahr. Die noch vorhandenen Aufträge sind gerade in solchen Betrieben außerordentlich kurzfristig. Ein Streik bringt den Unternehmer sofort in die Gefahr, auch noch die letzten Profitmöglichkeiten einzubüßen. Aus diesen Gründen fordern doch die Unternehmer das Streikverbot und das der RGO, weil die RGO den Arbeitern den einzigen siegreichen Weg des Kampfes zeigt.

Auch die Belegschaft der Universelle muß erkennen, daß sie die fortwährenden Massenentlassungen und Unternehmervorstöße nur im Kampf abwehren kann. Trefft dazu alle Vorbereitungen. Nehmt in einer Betriebsversammlung dazu Stellung und wählt einen vorbereitenden Kampfausschuß. Laßt euch unter keinen Umständen, auf den „Verhandlungsweg" der SPD-Gewerkschaftsführer vertrösten.

Das muß anders werden!

„Der Proletarier", das Organ des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands, schreibt in seiner Nummer vom 15. November in einem Artikel zu dem Ausgang der Wahlen:

„Partei und Gewerkschaften sind eins! Aber noch mehr gilt, daß die SPD ihren stärksten Rückhalt, ihre zuverlässigste Kerntruppe, ihre besten Reserven in den Mitgliedern der freien Gewerkschaften hat. Unbestreitbar haben die freien Gewerkschaften den weitaus größten Teil der 7 Millionen sozialdemokratischer Stimmen gestellt. . . . Die Partei ist nichts ohne die freien Gewerkschaften."

So Marx heute die Gewerkschaftsbürokraten noch triumphierend feststellen, daß es ihnen möglich ist, viele Millionen Gewerkschaftsmitglieder im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Staates in den Dienst der sozialdemokratischen Politik zu stellen. Das muß anders werden! Es gilt, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder in einem viel erhöhterem Maße als bisher dem verderblichen Einfluß der SPD-Bonzen zu entziehen und sie in die Kampfende rote Einheitsfront einzureihen. Denkt daran: „Die SPD ist nichts ohne die freien Gewerkschaften."

Die Ortsverwaltungswahlen müssen deshalb zu einer konsequenten Offensive gegen den sozialfaschistischen Kurs der Gewerkschaftspolitik gestaltet werden!

Die Wir nun eines RGO-Tarifvertrages

In der Maschinenfabrik Gromadka & Jäger auf der Hohenstraße in Dresden war ein Lohnabbau von 15 Prozent angekündigt worden. Das wurde der RGO berichtet, die sofort in einem Flugblatt die Belegschaft aufforderte, dagegen den Kampf aufzunehmen und auf die Gefahrzulage der Erwerbslosen hinwies.

Das Flugblatt wurde von der Belegschaft mit Begeisterung aufgenommen. Der Unternehmer bekam einen heraufbeschworenen Schrecken. Er ließ die Tore des Betriebes schließen, weil er befürchtete, die Erwerbslosen und ein RGO-Vertreter würden in den Betrieb kommen. Der Lohnabbauvorschlag wurde sofort zurückgenommen, noch bevor die Belegschaft den Aufruf der RGO, den Kampf aufzunehmen, ausführen konnte.

Ist es da ein Wunder, wenn die Unternehmer das Verbot der RGO, ihrer Flugblätter und der kommunistischen Betriebszeitungen fordern? Um so mehr muß jetzt die RGO ihre Positionen in den Betrieben ausbauen und die Voraussetzungen schaffen, daß jedes Verbot unwirksam bleiben muß.

Mit der „Arbeiterstimme" in die Betriebe!

Diese Losung muß bei der jetzt begonnenen Massenwerbung an erster Stelle stehen. Davon muß bei der Werbung in allen Ortsgruppen ausgegangen werden. Das hat aber auch Konsequenzen für die

Aufstellung der Werbepläne unter dem Gesichtspunkt des Vorstoßes in die Betriebe

Das wichtigste ist:

Alle Betriebszellen und RGO-Gruppen überprüfen schnellstens ihre eigenen Mitglieder, inwieweit sie Abonnenten unserer Tagespresse sind. Wenn wir auch bei den Hundeleinen, mit denen die meisten Betriebsarbeiter heute nach Hause gehen, nicht den unbedingten Grundsatz aufstellen können, jeder Betriebsarbeiter muß Abonnent unserer Tageszeitung sein, so steht doch fest, daß die weitaus größte Zahl der Betriebsarbeiter bei richtiger Einschätzung der Bedeutung unserer Presse leichter als Abonnenten gewonnen werden können, als die erwerbslosen Arbeiter.

Wie muß im Betrieb geworben werden?

Die von unseren eigenen Genossen geleitete Zeitung geht am nächsten Morgen mit in den Betrieb an Kollegen, die gewonnen werden sollen. In der Zeile wird genau festgelegt, welcher Genosse an welchen Sympathisierenden die Zeitung gibt. Jeder Genosse muß einen auf Korn nehmen, mit dem Ziel, ihn beim Abschluß der Werbekampagne als festen Abonnenten gewonnen zu haben.

Praktisch wird sein, wenn eine gemeinsame Zellensitzung der Partei und der RGO-Gruppe grundsätzlich zur Bedeutung unserer Presse Stellung nimmt, und im Anschluß daran,

jedem Genossen eine spezielle Aufgabe zugeteilt

wird. In der Sitzung soll außerdem Werbematerial gesammelt werden, das die Betriebszellen Arbeitern bekommen um die sympathisierenden Betriebsarbeiter in ihren Wohnungen noch besonders bearbeiten zu lassen. Das schließt nicht aus, daß die Betriebsgenossen selbst die in Frage kommenden Kollegen in ihren Wohnungen aufsuchen.

So muß in jeder Weise alle Kraft entfaltet werden, um ein großes Stück weiter zu kommen, nämlich:

Vorwärts in der Eroberung der Betriebe!

ROTER SPORT

„Wer Butter auf dem Kopfe hat, soll nicht in die Sonne gehen"

Ein Beitrag zu den „Enthüllungen" des früheren sächsischen Landesleiters der KG

Von A. Jatzlau, Berlin

Die Reichstagswahlen vom 6. November und ihr Ergebnis stehen im Zeichen des Heranreifens der revolutionären Krise in Deutschland, trotz eines noch nie dagewesenen Terrors gegen das revolutionäre Proletariat und seine Partei, die KPD. Andererseits stand die Reichstagswahl im Zeichen der Streikwelle über Deutschland, der erfolgreichen Abwehr des Lohnraubes in zahlreichen Betrieben, einer sich allgemein formierenden Streikfront im ganz Deutschland, die ihren bisher höchsten Ausdruck im Berliner Verkehrsstreik fand.

Der glänzende Wahlsieg der KPD beweist, daß die Kräfte der revolutionären Klassenfront immer rascher wachsen, während im Lager des Faschismus die Zersetzung seiner Massenbasis eingesetzt hat. Der Gegenangriff der Kommunisten gegen die faschistische Offensive hat erreicht, daß die chauvinistische Welle zum Stocken gebracht wurde, indem ein weiterer Eindruck in die Arbeitermassen der Sozialdemokratie und darüber hinaus bedeutende Schichten der Nationalsozialisten erobert wurden.

Die KPD als Interessenvertreterin der werktätigen Sportler, die einzig siegreiche Partei in dem letzten Wahlkampf hat ihren unaufhaltsamen Vormarsch fortgesetzt, während die Sozialdemokratische Partei seit 1930 rund zwei Millionen Stimmen verloren hat.

Während wir diese Tatsache feststellen, durchläuft die reformistische Sport- und Tagespresse ein Artikel des früheren Landesleiters von Sachsen, Hans Voigt, der wegen Unterschlagung von proletarischen Geldern aus der Kampfgemeinschaft ausgeschlossen wurde, mit sogenannten „Enthüllungen" über die KG.

Für die Bundesbürokratie ein gefundenes Fressen zur Verschleierung ihrer bankrotten Sportpolitik. Zugleich sollen aber auch die „Enthüllungen" den Zweck verfolgen, breite Teile aufgewachter, ehrlicher Klassenkämpfer, die sich heute noch im Lager des Reformismus befinden, vom endgültigen Schritt zur roten Klassenfront abzuhalten.

Das Manöver ist zu durchsichtig, als daß es nicht rasch genug von den Arbeitersportlern erkannt würde. Auch dieser Ritt wird nicht haltbar genug sein, um die immer weiter um sich greifende Rebellion der klassenbewußten Arbeitersportler gegen die reformistische Bonzokratie zusammenzuhalten. Wegen Mangels an politischen Argumenten nimmt man daher gegen gute Bezahlung solche „Enthüllungen" auf und setzt damit die der sozialdemokratischen Führerschaft anhaftende Drecklinie fort. Was diese sogenannten „Enthüllung" des Voigt wert sind, möge durch einige Tatsachen seiner politischen Hochstapeleien aufgezeigt werden.

Vor uns liegt ein **Protokoll** der Vorständekonferenz des 2. Fußballbezirkes vom 30. Juni 1928, nach dem Voigt folgende Ausführungen machte:

„Crispien fordert engen Anschluß an die SPD und Gellert erklärt, daß wir mit den „Verbrechern", gemeint sind die Kommunisten, brechen sollen. Ich frage euch, sind wir Kommunisten etwa Verbrecher. Wir können uns nicht länger das Diktat gefallen lassen. Ich habe hier Protokolle vorliegen aus dem Jahre 1926, in denen der Genosse Schwalbe als SPD-Mann sagte, daß wir den schwarz-rot-goldnen Zug nicht mitmachen können. Schon damals erkannten wir alle, daß der Bundesvorstand uns an die SPD verschachern wollte. Heute ist es Wahrheit."

Heute ist nach Meinung von Voigt keine Hegemonie der Sozialdemokratischen Partei in dem reformistischen Arbeitersportlager vorhanden und schwatzt er deshalb in seinem Artikel den faschistischen Arbeitersportlern vor:

„Durch Abwehrmaßnahmen des Bundesvorstandes wurden auch der Genosse Jatzlau und ich von dem Ausschluß betroffen. Wir brauchen heute noch eingehender Ueberlegung nicht mehr zu bestreiten, daß diese Maßnahme durchaus verständlich war. Jedenfalls hat die nachfolgende Zeit dem Bundesvorstand Recht gegeben. Noch ist es Zeit, die wirkliche rote Einheitsfront zu schmieden, aber nicht mit heuchlerischen Worten, sondern mit ehrlichen Taten von aufrechten sozialistischen Männern, die nicht einseitig das willenlose Werkzeug der 3. Internationale sein wollen."

Seltsam, seltsam — — —?

Es kommt aber noch viel dicker. Unter der wirklichen roten Einheitsfront verstand Voigt in seinem Artikel vom 8. 10. 1929 in der „Arbeiterstimme" folgendes:

„Die Opposition muß jetzt in allen Vereinen eine ernsthafte Arbeit in Angriff nehmen und den Sportlern nachweisen, daß es zwei Arten der Einheitsfront gibt. Die eine Art der Einheitsfront ist, die für die Koalitions- und Streikverbrechen der SPD an dem Arbeiter, die den Arbeitern das letzte Stück Brot aus dem Munde nimmt, und die andere Art der Einheitsfront ist, der revolutionäre Klassenkampf, der einzig und allein den Lebensstandard der Arbeiterklasse und auch der Arbeitersportler hebt."

Und heute:

„Wir wollen nicht Einheitsfront von unten nach oben, sondern Einheitsfront von unten bis mit oben. Ich gehe nach dreijährigem Kampfe zurück zur großen Mutterorganisation."

Wir stellen uns das einfach rührend vor. Voigt tränenden Auges am Busen der Mutterorganisation.

Voigt alias Meißner

Wer eine solche lange Reise hinter sich hat, kann natürlich auch was erzählen. Also warum sollte Voigt nicht nach dem Muster von Meißner (Leipzig) auch einen Roman schreiben über seine Reiseerlebnisse. Den Roman überschrieb er dann mit den bombastischen Worten: „Wahrheiten über Rot Sport". Wenn man das liest, muß man unwillkürlich an den von Meißner geschriebenen Roman anläßlich der Spaltungskampagne des Bundesvorstandes 1929 denken. Damals schrieb Voigt im Artikel vom 8. 10. 1929 über den Genossen Meißner folgendes:

„In Leipzig steht an der Spitze des dortigen Bezirkes ein Renegat der revolutionären Arbeiterschaft, ausgeschlossen aus der Kommunistischen Partei, weil er ein Verräter an der revolutionären Arbeiterschaft ist, glaubt er sich nun durch Greuelmärchen und Lügen bei der SPD anwedern zu können. Die wachsende Opposition ist den Spaltern unangenehm und sie versuchten einen Schwächling wie Meißner für sich einzufangen. Er hatte die Aufgabe, in die Reihen der Sportopposition Verwirrung zu tragen und im Auftrage der korrupten SPD, die Opposition und die KPD der Korruption zu bezichtigen."

Gleicht hier nicht ein Haar dem anderen? Wir bringen dieses Zitat, um zu beweisen, welch eine erbärmliche Rolle Voigt spielte. Seine Ausführungen in seinem „Enthüllungs"-Artikel sind Behauptungen, die keineswegs belegt sind. Ja, wir sagen, Voigt hat in schamloseste Weise gelogen. Die Arbeitersportler wissen sehr gut, daß eine Bewegung, die zu solchen Mitteln wie die SPD greifen muß, nicht fähig ist, ihre Aufgabe, den Kapitalismus im revolutionären Klassenkampf zu beseitigen, zu erfüllen. Die Spalter, die durch Verletzung der elementarsten Forderungen der Arbeiterdemokratie zur Durchführung ihrer Tolerierungspolitik die Arbeitersportbewegung zerschlagen, um diese in den Dienst der reaktionären Taktik der SPD zu stellen, versuchen durch solche Kreaturen wie Voigt den Kampf der klassenbewußten Arbeitersportler um rote Sporteinheit auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu verhindern. Selbstverständlich ist ihnen dazu jedes Mittel recht und jeder „Kämpfer" angenehm.

Selbst dann, wenn er aus der revolutionären Arbeitersportbewegung wegen Unterschlagung von proletarischen Geldern ausgeschlossen wurde.

Im Artikel vom 2. August 1930 schrieb Voigt anläßlich der

Riesenunterschlagung

im bundestreuen Bezirksvorstand des 2. Fußballbezirkes folgendes:

„Arbeitersportler, verhindert Vertuschungsmanöver, erkennt endlich, daß ihr euch sammeln müßt um die ausgeschlossenen Vereine, um endlich diesem Korruptionssumpf ein Ende zu machen. Haltet eure Bewegung rein. Fordert Rechenschaft von euren Funktionären, laßt euch nicht einseifen, sondern fordert Klarheit. Folgt nicht mehr den Gellertreuen und solch einem Bezirksvorstand und seinen Revisoren."

Mit denselben Leuten „kämpft" heute Voigt für die sogenannte „wahre Einheitsfront". Sage mir, wohin du gehst und ich will dir sagen, wer du bist.

Die Antwort der klassenbewußten Arbeitersportler auf die Verleumdungen gegen die revolutionäre Sportbewegung ist klar und eindeutig:

Einsetzung unserer ganzen Kraft für die Gewinnung der Mehrheit der sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Vor uns steht die Aufgabe, auf noch breiterer Grundlage und mit kühner Entschlossenheit die werktätigen Sportler in die Einheitsfront gegen faschistische Reaktion zu formieren.

Die Einheit, die wir wollen, ist nicht Einheit mit den Spaltern der Arbeitersportbewegung, nicht Einheit mit den Streikbrechern in den Gewerkschaftsbüros und den Kapitulanten des 20. Juli, sondern die Klasseneinheit des Proletariats gegen Lohnraub und faschistischen Terror, für die Befreiung der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Knechtschaft, für den Sozialismus.

Die erste deutsche Arbeiter-Kaukasus-Expedition 1932

organisiert von der Naturfreunde-Oppo. Dresden, veranstaltet eine Reihe

Lichtbildervorträge

mit vielen sozialen und alpinen Bildern aus der Sowjetunion. Vorträge am Freitag, dem 25. November, im Kristallpalast, Schäferstraße; Sonnabend, dem 26. November, „Goldene Krone", Klein-Zschachwitz.

Ueber 1000 Besucher zum Dresdner Schwimmfest

Drei Betriebsmannschaften und 15 Bundesmitglieder am Start . Dresden gewinnt den Städtekampf

Der Landesmeister im Wasserball geschlagen

Am Mittwoch, dem 16. November 1932, wurde im Günzbad zu Dresden der Städte-Vergleichs-Schwimmwettkampf zwischen Berlin-Lichtenberg, Chemnitz, Limbach und Dresden durchgeführt. In der großen Schwimmhalle grüßt das 20 Meter lange Transparent mit der Losung „Rüstet zur Weltparsiaiade in Moskau". Als die Teilnehmer einmarschierten war die Halle bis auf den letzten Platz gefüllt. Ein Genosse der Vereinsleitung wies kurz auf die Bedeutung der Veranstaltung hin und mit „Rot Sport" wurden die Wettkämpfe eröffnet.

Mit der 10×50 Meter Kraulstaffel wurde der Städtekampf begonnen. Sehr erheiternd wirkte die 3×25 Meter Eierlöffelstafette der Kinder, hier waren Dresdner und Chemnitzer Knaben sowie Berliner Mädchen am Start. Ein 50-Meter-Schwimmen in Bekleidung sah Dresdner Rettungsschwimmer am Start. Dann folgte das erste Wasserballspiel und zwar standen sich Berlin-Lichtenberg 1 und Rudsdorf (bundestreu) gegenüber. Berlin gewann verdient mit 4:1. Die 6×50 Meter Bruststaffel für Männer war äußerst spannend. Berlin schlug früher an, Dresden und Limbach folgten im toten Rennen dichtauf. Die 4×25 Meter gemischte Rückenpaddelstafette sah beide Dresdner Mannschaften vor Chemnitz. **Von besonderer Bedeutung war, daß erstmalig drei Mannschaften Dresdner Betriebe zur 4×50 Meter Bekleidungsstaffel an den Start gingen. Anton Reiche und Meurer konnten gegen Hörmann, die von Anfang an in Führung lagen, nichts ausrichten.** Das Männer-Hauptspringen war ein besonderer Höhepunkt der Veranstaltung. Unter den neun Teilnehmern waren **drei aus Bundesvereinen.** Nun folgten die beiden letzten Wasserballspiele. Im ersten Spiel standen sich Dresden 2 und **Chemnitz 1 mit bundestreu komb.** gegenüber. Dresden 2 konnte mit 2:1 gewinnen. Das mit Spannung erwartete Revanchespiel Dresden 1 gegen Limbach 1, Landesmeister, wurde äußerst flott durchgeführt. Obwohl Limbach das erste Tor des Spieles schoß, so blieb es das einzige für diese Mannschaft. Dresden konnte dreimal einsenden und stellte den Sieg durch besseres Spiel sicher. Den Abschluß der glänzenden Veranstaltung bildete ein Frauenkunstreigen des Dresdner Vereins, der erstmalig von diesen Genossinnen geschwommen wurde. **Der Städtekampf wurde von Dresden knapp vor Berlin gewonnen** entgegen der Mitteilung im Bad, wo Berlin der Sieger war.

Resultate: Gesamtergebnis im Städtekampf: Dresden 108 Punkte, Berlin 104 Punkte, Limbach 64 Punkte und Chemnitz 60 Punkte.

10×50 Meter Kraul für Männer: 1. Berlin, 5,21, 16 Punkte; 2. Dresden, 5,47,6, 12 Punkte; 4×50 Meter Brust Frauen: 1. Dresden 3,14,2, 16 Punkte; 2. Berlin 3,18, 12 Punkte; 6×50 Meter Brust Männer: 1. Berlin 3,58, 16 Punkte; 2. Dresden und Limbach 3,59 im toten Rennen, je 12 Punkte; 100 Meter Seite für Männer: 1. Gawel, Berlin, 1,15,8, 16 Punkte, 2. Wolf, Dresden, 1,16, 12 Punkte; 3. **Klob, bundestreu, Chemnitz,** 1,22,4, 8 Punkte; 100 Meter Kraul für Männer: 1. Baranowski, Berlin, 1,09,5, 16 Punkte; **2. Müller, bundestreu, Chemnitz,** 1,10, 12 Punkte; 3×50 Meter Lagenstaffel für Frauen: 1. Limbach 2,21,4, 16 Punkte; 2. Chemnitz 2,25,3, 12 Punkte. 4×100 Meter Lagenstaffel für Männer: 1. Berlin, 5,22,3, 16 Punkte; 2. Dresden, 5,33,2, 12 Punkte; 4×25 Meter Transportstafette für Männer: 1. Limbach, 2,13,7, 16 Punkte; 2. Dresden, 2,19,2, 12 Punkte; Männerhauptspringen: 1. Helbig, Dresden, 34¾ Punkt; 2. Petersen, Berlin, 27½ Punkt; **4. Hale, bundestreu, Chemnitz,** 24 Punkte; 7. **Uhlemann, bundestreu, Dresden,** 21 Punkte; 8. **Roscher, bundestreu, Limbach,** 20 Punkt; Städtekampf im Springen: 1. Dresden, 57¾ Punkte; 2. Chemnitz, 50½ Punkte; 4×50 **Meter beliebig für Betriebe: 1. Wasselfabrik Gebr. Hörmann, 2,37; 2. Metallfabrik Anton Reiche, 3,01; 3. Eisenwerk Meurer 3,17,3.**

Rollon meldet: Solidaritätskampf in Jiu-Jitsu

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion, im Zeichen proletarischer Solidarität, fand am Bußtag, dem 16. November in der Rollonhalle, Niedersedlitz, ein Mannschaftskampf im Jiu-Jitsu:

Rollon—1. Dresdner Jiu-Jitsu-Klub (bürgerl.)

statt. Nach einleitenden Worten des Genossen Wilhelm, 1885, die darin gipfelten, daß die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit jederzeit bereit ist proletarisch klassenbewußt Denkenden die Bruderhand zu reichen, wurden die Kämpfe mit nachfolgenden Resultaten durchgeführt.

Fliegengewicht: Böhme Rollon—Vollert 1 DJK. Beide gut im Angriff und das Resultat gerecht: Unentschieden.

Bantamgewicht: Tousar Rollon—Mathe 1 DJK. Mathe fand trotz seiner Ringerfahrung in Tousar einen ebenbürtigen Gegner. Resultat: Unentschieden.

Federgewicht: Morche j. Rollon—Dubina 1. DJK. Beide technisch gut, jedoch war auch hier die Entscheidung richtig Sieger nach Punktwertung: Dubina.

Leichtgewicht: Mazke j. Rollon—Mitzschke 1 DJK. Mitzschke hatte einen Federgewichtler vor sich und konnte so einen Sieg durch Kraft für sich buchen. Sieger, Mitzschke durch Armhebel.

Mittelgewicht: Kandler j. Rollon—Wünsche 1 DJK. Kandler kletterte ebenfalls, aber gleich 2 Gewichtsklassen höher hinauf und konnte trotz aller Härte und Technik in Angriff und Abwehr gegen den Besitzer des „braunen Gürtels" nur ein Unentschieden erreichen.

Halbschwergewicht: Laue Rollon—Mitzschke Gerhart 1 DJK. Laue, der Universalathlet, muß in seine Kraft auch Technik hineinträufeln lassen und der Sieg dürfte dann nicht ausbleiben. Sieger durch Armhebel: Mitzschke G.

Schwergewicht: Otte j. Rollon—Nitzschner 1. DJK. Man sprach schon Nitzschner (mit seiner herkulischen Gestalt) bei der bloßen Gegenüberstellung den Sieg zu, man dachte an einen Blitzsieg, aber Otte war so gut in Form, daß sich das Blättchen hätte wenden hätte. Sieger Nitzschner.

Das Punktgericht: Mühle, Pirna, Voigt, 1885, und als Kampfrichter Wilhelm, 1885, funktionierte einwandfrei.

Spielergebnisse vom Mittwoch (Bußtag) und Sonntag:

DSB 18 1—Fortschritt 1 2:2 (0:0)
Brand 1—Cotmannsdorf 1 3:3 (1:1)
Weißdorf 1—Radebeul 1 1:3 (1:2)
Brockwitz 1—Laußnitz 1 2:1
Zauckerode 1—Radeburg 1 1:1 (0:1)
Dohna 1—Dresden-West 1 1:2 (1:2)
Deuben 1—Heidenau 1 2:6 (1:2)
Kaitz-Mockritz 1—1885 2 4:1
Zschachwitz 1—Radebeul 1 2:1 (1:0)
West 1—Pirna II 1 4:1 (2:0)
Pirna I 1—Dohna 1 2:4 (0:3)
Pirna I 1—Süd-Helios 1 1:0 (0:0)
Rabenau 1—Kaitz-Mockritz 1 4:6
Heidenau 1—Doberschau 1 2:2 (1:0)
Süd-Helios 1—Cotmannsdorf 1 8:3 (2:1)
1885 1—Straßenbahn 1 7:3 (3:0)

Untere Mannschaften: Deuben 2—Heidenau 2 2:7; Deuben Schüler—Heidenau Schüler 3:1; Brand 2—Cotmannsdorf 2 1:6; Weißdorf 2—Radebeul 2 1:2; Brand 3—Cotmannsdorf 3 1:1; Brockwitz 2—Radebeul 2 1:1; Brand Jgd.—Cotmannsdorf Jgd. 0:1; Brockwitz Schüler—Weißdorf Schüler 0:3; Zschachwitz 2 gegen 02 2 1:3; West 3—Pirna 3 9:1; Zschachwitz Jgd.—DSB Jgd. 1:4; West Schüler—Zschachwitz 2:0; Süd AH—1885 AH 2:5; Zauckerode 2—Radeburg 2 6:3; Dohna 2—Fortschritt 2 4:2; Süd 2—Königstein 1 3:1; Süd 3—Cossebaude 1 5:1; Heidenau 2 gegen 1885 2 8:1; Heidenau AH—Doberschau 0:4; Heidenau Jgd. gegen Doberschau 0:1; Zschieren AH—DSB 0:9; DSB 2—BFB 12 2 0:1; DSB 3—Zschachwitz 3 7:2.

Wo bleiben die Resultate von 02—BFB und Kreischa gegen Zschachwitz?

Handball

Sportler: Süd-Helios 1—Schwimm. 2 10:1 (9:0); Deuben 1 gegen DSB 1 6:9; BFB 12 1—Süd-Helios 1 6:2 (3:2); Klotzsche 1—Schwimmer komb. 9:1; 1885 1—Schwimmer 1 1:4 (1:1); 1885 2—Johannstadt 2 9:1; DSB 2—1885 2 11:1.

Sportlerinnen: Radebeul 1—1885 1 0:8 (0:4); DSB 2 gegen Fortschritt 2 0:9; Zschachwitz—Radebeul 0:1; Brockwitz gegen Laußnitz 1:1; Brand—Cotmannsdorf 1:1.

Amtliche Bekanntmachungen der KG

Kursusbeginn für erste Hilfe bei der Arbeiter-Samariter-Kolonne

Am kommenden Donnerstag, dem 24. November, 20 Uhr, beginnt die Kolonne in Bautzen wieder mit einem neuen Ausbildungskursus für erste Hilfe. Besonders in heutiger Zeit ist es von besonderer Wichtigkeit, daß dem Gebiet der ersten Hilfe größte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Der Kursus ist für jedermann offen und aus diesem Grunde ist ihm ein recht guter Besuch zu wünschen. Anmeldungen werden noch zum Kursusbeginn entgegengenommen.

Achtung Vereine des Dresdner Bezirks!

Laut letztem Rundschreiben der Agit-Bezirksleitung wird ein Fornmehrkampf im Bezirk veranstaltet. Wir ersuchen die Vereine, sofort nochmals dazu Stellung nehmen, der zugesandte Fragebogen ist bis spätestens Dienstag, den 22. November an die Bezirksleitung zu senden.

Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Zeigt, daß ihr gewillt seid, an der Verbreiterung der roten Sporteinheitsfront aktiv teilzunehmen. Schickt sofort die Meldungen ein!

Fußball: Strafen (namentliche) Schiris 2.50 Mark Nr. 98; (vereinsweise) Mark 1.50 Mark Spiel 1052, 1043, 1059, 1056. Nichtantreten 10.— Mark Nr. 1040 Zschieren, Nr. 1056 Pirna I 3. Spielabbruch: Radebeul Jgd.—DSB Jgd., Radebeul 10.— Mark Jugendbörse am 26. November, 19.30 Uhr in der Jacobschänke. Gruppenjugend und Kinderleiter findet am 30. November im Stadion in Pirna, 19.00 Uhr statt.

Kassiererkonferenz am 26. November, 20.00 Uhr, im DSB-Stadion. Alle Kassierer haben unbedingt zu erscheinen. Der Landeskassierer ist anwesend.